

IF 2|26

ZEITSCHRIFT FÜR
INNERE FÜHRUNG

Russische Autokratie

Wie funktioniert Putins
Machtapparat?

Russland im Krieg

Stabilität nach außen,
Erosion im Inneren?

Putins Motivation

Was leitet ihn? Wie weit
reichen seine Ziele?



BUNDESWEHR



In den Fängen des Bären

Europa und die Bedrohung
durch Russland



DAS DIGITALE FACHINFORMATIONSPORTAL

Portal Personal

Alles rund um das Personalmanagement der Bundeswehr – gebündelt und aktuell. Für alle, die gestalten, führen und Verantwortung tragen.

THEMEN, DIE DIE BUNDESWEHR BEWEGEN

und vieles mehr

Aufwuchs Bundeswehr

Personelles Wachstum,
Verwendungen und Perspektiven
innerhalb der Streitkräfte und
Wehrverwaltung.

Brigade Litauen

Alle Fragen rund um das
Personalmanagement zum
Leuchtturmprojekt der
Bundeswehr.

Neuer Wehrdienst

Alle Neuerungen, Veränderungen
und wichtigen Informationen
kompakt erklärt.

SO GELANGEN SIE ZUM PORTAL

In drei Schritten direkt im Intranet

DIREKTLINK IM BROWSER

personal.ecm.bundeswehr.org/SitePages/home.aspx

1

Öffnen Sie eine beliebige
SharePoint-Seite aus Ihrem
Bereich.

2

Klicken Sie links oben auf den
App-Launcher – das Symbol mit
den 3×3 Punkten.

3

In der App-Übersicht rechts unten
(3. Reihe von unten, rechte Seite)
„Personal“ wählen – anklicken und
loslegen.

Die neue Welt(um)ordnung



Wladimir Putins über zwei Jahrzehnte gereiftes Weltbild verfolgt ein klares Ziel: den Umsturz der liberalen Friedensordnung und die Rekonstitution der „alten“ russischen Machtstellung. Unter seiner Führung hat sich Russland in ein autokratisches Regime verwandelt, dessen Machtapparat auf einer tiefen Verflechtung von persönlichem Einfluss, institutioneller Kontrolle und geheimdienstlicher Durchdringung fußt. Diese Transformation von einer angehenden Demokratie zur Diktatur vollzog sich synchron zu einer aggressiven Außenpolitik, deren Fixstern das idealisierte Vorbild der früheren Sowjetunion ist.

Obwohl sich Russland bereits im fünften Jahr des Ukraine-Krieges befindet, immense personelle wie materielle Verluste beklagen muss und unter scharfen internationalen Sanktionen leidet, wirkt Putins Herrschaft nach außen hin stabil. Doch täuscht die Fassade? Wie gefestigt ist das System Putin vor dem Hintergrund massiver, langfristiger wirtschaftlicher sowie struktureller Herausforderungen?

Die Unberechenbarkeit des russischen Ne imperialismus erfordert eine fundamentale und schnelle Neuausrichtung der gesamten europäischen

Verteidigungsarchitektur. Die Front verläuft dabei längst nicht mehr nur auf dem klassischen Schlachtfeld. Hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe und gezielte Desinformationskampagnen haben auch in Deutschland drastisch zugenommen.

Mit verdrehten historischen „Wahrheiten“ und verfälschten Narrativen versucht Russland mit KI-Anwendungen und Chatbots kontinuierlich westliche Überzeugungen zu untergraben und gesellschaftliche Bruchlinien gezielt zu vertiefen. Gleichzeitig gerät die kritische Infrastruktur direkt ins Visier.

Putins Politik hat das Gesicht Europas und die Rolle Deutschlands in Europa und im Bündnis verändert. Mit der neuen Ausgabe der IF wollen wir aus unterschiedlichen Perspektiven Russlands Entwicklung, Putins Narrative und die Herausforderungen für Europa, das Bündnis und Deutschland beleuchten.

Generalmajor Ansgar Meyer
Kommandeur
Zentrum Innere Führung



30



Titelthema Russland

Impuls

Ralph Thiele

14

Europa und die Bedrohung
durch Russland

Martin Schulze Wessel

16

Das „System Putin“

Die Umwandlung Russlands zur Autokratie
und einer imperialistischen Kriegsmacht

Michael Vetter

24

Hybride Bedrohungen und Resilienz

Wenn die Grenzen zwischen
Frieden und Krieg verschwimmen

Alexander Friedman

30

Russland im Krieg

Stabilität nach außen, Erosion im Inneren?

Michel Eltchaninoff

36

Was leitet Putin – was ist sein Ziel?

Gesellschaft

Julia Friedrich

42

Eine widerstandsfähige
Gesellschaft?

Zivile Verteidigung, staatliches Handeln
und gesamtgesellschaftliche Resilienz



16

Welt & Partner

Yelizaveta Landenberger

48

Moldau

Russische Einflussnahme
und Widerstand

Geschichte

Jan Claas Behrends

56

Russland und Putins Regime

Wahrnehmung und Wirklichkeit in Deutschland und Europa (1990–2022)

Rubriken

Essay

Jens Boysen

64

Polen als Führungsnation der Ostflanke?

Zahlen & Fakten

Simon Gerards Iglesias

70

Der Handel zwischen Europa und Russland

Mediale

72

Buch- und Onlinetipps

74

Impressum

76

Kontroverse

Rückblende

Winfried Heinemann

78

Die Berliner Mauer

InFü to go

Mit Informationen zum Titelthema

Zum Heraustrennen und Abheften



64

Sie möchten die IF erhalten?

Einheiten, Verbände und Dienststellen werden gebeten, sich an die zuständige Poststelle/Dienstvorschriftenstelle zu wenden und zusätzliche Exemplare anzufordern. Die IF gibt es auch als Download: www.innerefuehrung.de

„Fulda“ in Warteposition für Mission

Das Minenjagdboot „Fulda“ ist im Mai 2026 vom Marinestützpunkt Kiel-Wik ausgelaufen und hat Kurs in Richtung Mittelmeer gesetzt. Hintergrund ist ein möglicher Einsatz des Minenjagdbootes und seiner „Mineure“, wie Kameradinnen und Kameraden die Crew nennen, in der Straße von Hormus. Sollte der Deutsche Bundestag mit einem entsprechenden Mandat grünes Licht geben, kann das Boot seine anspruchsvolle Mission antreten: Ein Seeminenfeld stellt ein unkalkulierbares Risiko dar. Wie der Irankrieg bereits gezeigt hat, wirkt sich alleine schon die Behauptung, es gebe ein Minenfeld, negativ auf den Schiffsverkehr aus.









Ostseemanöver BALTOPS

BALTOPS 2026 ist eine groß angelegte multinationale Marineübung in der Ostsee, die als Teil der NATO-Mission im Hohen Norden und in der Arktis jedes Jahr stattfindet. Organisiert wird das Manöver von der U. S. Navy. Ziel ist es, die operative Zusammenarbeit zwischen den NATO-Verbündeten und -Partnern zu verbessern, wobei der Schwerpunkt auf der U-Boot-Abwehr, amphibischen Operationen, Maßnahmen zur Bekämpfung elektronischer Kriegsführung und dem Einsatz von Drohnen liegt. Bei dem Marinemanöver kommen auch Bordhubschrauber wie der Sea Lynx Mk88A der Bundeswehr zum Einsatz.



Afghanistan und Pakistan: Heftige Kämpfe

Ein Angehöriger der afghanischen Streitkräfte ist in der Provinz Nangarhar in Afghanistan auf Patrouille. Die Provinz liegt im Osten des Landes und grenzt an Pakistan. Im Grenzgebiet kam es im März 2026 zu heftigen Kämpfen zwischen Terrorgruppen, die von afghanischem Territorium aus operieren und der pakistanischen Luftwaffe. Bis zu 6.000 dieser Kämpfer sollen sich im Grenzgebiet aufhalten. Zwischen den Nachbarländern kommt es immer wieder zu Kampfhandlungen.



Die stärkste Armee Europas bis 2039

Im April 2026 hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, die erste Militärstrategie der Bundeswehr gezeichnet. Darin soll die Bundeswehr bis 2039 zur stärksten konventionellen Armee Europas werden. Diese ist Grundlage des neuen Fähigkeitsprofils der Bundeswehr, das erstmals militärstrategische Ziele umsetzt und als „Plan für die Streitkräfte“ gilt.

Der Aufwuchs der Streitkräfte fußt auf der Militärstrategie und dem Fähigkeitsprofil. In teilweise geheimen Dokumenten ist die Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung niedergelegt. In drei Phasen soll die Bundeswehr bis 2039 das Ziel erreichen: Kurzfristig orientiert an einer schnellen Maximierung

der Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit, mittelfristig mit einem deutlichen Fähigkeitszuwachs in allen Dimensionen und langfristig hin zu technologisch überlegenen, innovativen Streitkräften. (eve)



Erfahren Sie mehr über die Militärstrategie der Bundeswehr

Persönlichkeitsbildung 2026

Das **Jahresthema 1** der Persönlichkeitsbildung 2026 stellt die *Bedrohung Europas durch Russland* in den Mittelpunkt. Die Bedeutung der Persönlichkeitsbildung steigt: Dabei stehen beispielsweise folgende Fragen im Fokus: Wie reagieren wir auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen eines autoritären Akteurs? Warum wirkt autoritäre Führung in Krisenzeiten scheinbar attraktiv? Wie wappnen wir uns gegen Desinformation und begegnen russischen Narrativen mit kritischem Denken?

Das **Jahresthema 2** „*Interkulturelle Kompetenz*“ beleuchtet unterschiedliche Führungskulturen und Menschenbilder – zum Beispiel innerhalb des NATO-Bündnisses mit seiner militärkulturellen Vielfalt.

Das **Jahresthema 3** „*70 Jahre Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland*“ stellt unter anderem die Frage, welche Lehren wir aus der Vergangenheit für die heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen ziehen. (eve)

Vertiefen Sie Ihr Wissen mit den „Paketen zur Persönlichkeitsbildung 2026“ auf dem PIF.





König Charles III. im US-Kongress

Der britische König Charles III. hat bei seinem Besuch in den USA im April 2026 diplomatische, aber deutliche Worte gefunden. In seiner Rede vor dem US-Kongress in Washington betonte der König, wie wichtig der Zusammenhalt der westlichen Verbündeten sei, trotz der Differenzen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich mit Blick zum Beispiel auf die Iran-Politik.



Dies gelte insbesondere innerhalb der NATO. Er hob die Gemeinsamkeiten beider Länder hervor, die nicht nur historisch begründet seien, sondern auch im selben Wertebewusstsein und in der Verteidigung der Demokratie lägen. Kein Land könne die großen Herausfor-

derungen der heutigen Zeit allein bewältigen, so der britische Monarch. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine betonte er, wie wichtig die feste Entschlossenheit des Westens sei, um einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zu erreichen. (eve)

Einsatzbereitschaft statt Bürokratie

Mit der Entbürokratisierungs- und Modernisierungsagenda des Bundes soll auch der Dienstathtag der Bundeswehr unkomplizierter werden. Dafür wird im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, zugeschnitten auf die Gegebenheiten des Ressorts, die Agenda umgesetzt. Ziel ist es, Bürokratie in der Bundeswehr abzubauen, um Ressourcen für den Kernauftrag der Truppe, die Landes- und Bündnisverteidigung, freizusetzen. So soll beispielsweise die Anzahl der Regelungen reduziert, die Stabs- und Verwaltungsarbeit digitalisiert sowie in automatisierte Arbeitsabläufe überführt werden.

**Erfahren Sie mehr
über die Agenda Ent-
bürokratisierung**



Geplant ist auch eine bundeswehrspezifische digitale Brieftasche, in der alle relevanten Dokumente wie Truppenausweis oder Impfbuch hinterlegt werden können. (eve)

Europa und die Bedrohung durch Russland

Das Ende des Kalten Krieges hat vielen Menschen in Mittel- und Osteuropa Freiheit, Recht und Selbstbestimmung gebracht. Russische Eliten beklagen demgegenüber einen Verlust früherer Größe und sorgen sich um die Zukunft des Moskauer Regimes.

— von Ralph Thiele

Die russischen Eliten wollen das Rad der Geschichte ein Stück weit zurückdrehen und verfolgen hierzu mit militärischen und hybriden Mitteln eine langfristige Strategie der Schwächung, Spaltung und Verunsicherung von NATO und Europäischer Union.

Militärisch setzt Moskau auf Stärke und unnachgiebige Härte. Hierfür steht die brutale Kriegsführung gegen die Ukraine, riskante Provokationen und Manöver an den Grenzen zur NATO und nukleare Drohgebärden. Beachtliche Rüstungs- und Innovationsprojekte in den Dimensionen Land, Luft und See, im Welt- und Cyberraum unterstreichen Moskaus Ambitionen.

Zum russischen hybriden Grundrauschen gehört der Informationskrieg und dessen zersetzende Wirkung. Mit Desinformation, Verschwörungstheorien und plausiblen Narrativen will Moskau Zielgruppen in den europäischen Demokratien emotional mitreißen.

Cyberangriffe und Sabotage sollen Schockwellen auslösen und das Vertrauen der Menschen in ihre Regierungen, Parlamente und Verwaltungen untergraben. Zudem stehen Unternehmen, Medien, kritische Infrastruktur und wichtige Entscheidungsträger auf der Zielliste – Mordanschläge inbegriffen. Ein anhaltendes Bedrohungsgefühl soll die innenpolitischen Debatten in Europa dominieren.

Während die Zahl der in und für Europa relevanten Krisenherde und deren Intensität zunimmt, bleibt Russland die größte Gefahr in der erweiterten Nachbarschaft. Es hat seine Kriegswirtschaft in Schwung gebracht. Seine Streitkräfte haben aus kombattanten Begegnungen mit westlichen Waffensystemen und innovativen taktischen Konzepten in der Ukraine gelernt und setzen ihre Erfahrungen rasch in militärische Fähigkeiten um. Die reine militärische Bedrohung für NATO- und EU-Territorium aus russischer Richtung bleibt dennoch eher begrenzt. Russland ist in

der Ukraine gebunden und wird durch NATO-Abschreckung eingehegt. Es ist beruhigend zu sehen, wie sich die deutschen Streitkräfte in eine bemerkenswerte Form und Stärke bringen.

Allerdings wachsen die hybriden Bedrohungen – übrigens nicht nur aus Russland. Technologie gibt auch anderen geopolitischen Akteuren Reichweite und Wirkung. Hybride Kriegsführung entwickelt sich global zum Goldstandard. Das fordert Sicherheit, Verteidigung und demokratische Resilienz zusätzlich zu den militärischen Anstrengungen unserer Streitkräfte.

**Oberst a. D.
Ralph Thiele**

ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft in Berlin und bekannt durch Analysen zu NATO-Sicherheit, Transformation und Militärstrategie.

**Russland bleibt
die größte
Gefahr in der
erweiterten
Nachbarschaft**



Foto: Privat





Das „System Putin“

Die Umwandlung Russlands
zur Autokratie und einer
imperialistischen
Kriegsmacht

Unter der Führung Wladimir Putins hat sich Russland Zug um Zug in ein autokratisches Regime verwandelt. Putin führte das Land von 2000 bis 2008 als Präsident, wechselte dann für vier Jahre in das Amt des Ministerpräsidenten und übernahm ab 2012 wieder das Präsidentenamt.

— von Martin Schulze Wessel

Die Verwandlung Russlands von einer Demokratie in eine Diktatur vollzog sich im Gleichschritt mit einer zunehmend aggressiven Außenpolitik.

Nachdem Putin zunächst innerhalb der Russischen Föderation (RF) einen (nunmehr zweiten) Krieg gegen die Tschetschenen (1999–2009) geführt hatte, um sie an dem Ausscheiden aus der RF zu hindern, führte er Kriege gegen Georgien (2008) und die Ukraine (seit 2014). Damit bezweckte er die Wiederherstellung eines imperialen Staatsverbands unter russischer Führung. Den Zerfall der Sowjetunion bezeichnete Putin als „größte geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Die Sowjetunion in irgendeiner Form wiederherzustellen war und ist der Fixstern seiner Außenpolitik. Putins Machtapparat basiert auf einer engen Verflechtung von persönlicher Herrschaft, institutioneller Kontrolle und sicherheitsstaatlicher

Durchdringung. Entscheidende Bedeutung kommt dabei den sogenannten Silowiki zu, also Vertretern der Sicherheitsdienste, des Militärs und der Geheimdienste, aus



↑ Russischer Soldat mit einem gefangenen mutmaßlichen tschetschenischen Rebellen in der Nähe von Grosny, Tschetschenien 1999.

Es gibt Sätze, die eine Politik zusammenfassen. Putins ist dieser: Der Zerfall der Sowjetunion sei die „größte geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts.

deren Reihen Putin selbst hervorgegangen ist. Während diese Gruppen nach dem gescheiterten Putsch von 1991 zunächst marginalisiert schienen, gelang ihnen unter Putin eine bemerkenswerte Rückkehr in zentrale Machtpositionen. Tatsächlich zeigt eine Untersuchung von Elitenbiographien, dass ein Großteil der politischen Führung der 2000er Jahre aus genau diesen Strukturen hervorging. Damit verschob sich das Machtzentrum des Staates nachhaltig zugunsten eines sicherheitsstaatlich geprägten Netzwerks, wobei dieses nicht effektiv rechtsstaatlich kontrolliert wird. Korruption und organisierte

Kriminalität florieren in diesem System trotz oder teilweise wegen der starken Präsenz der mit Sicherheit beauftragten staatlichen Kräfte.

Wahlen, Parteien und Parlament: Pro-forma-Institutionen

Formal existieren weiterhin demokratische Institutionen wie Wahlen, Parteien und Parlament, doch ihre Funktion ist stark eingeschränkt. Das politische System entwickelte sich zu einer „gelenkten Demokratie“, in der Entscheidungsprozesse von oben gesteuert werden und letztlich beim Präsidenten konzentriert sind. Besonders deutlich wird dies in inszenierten politischen Ritualen, etwa der Sitzung des Sicherheitsrats im Februar 2022, in der die russische Annexion der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk thematisiert wurde. Bei dieser Gelegenheit führte Putin die Spitzenrepräsentanten des russischen Staates öffentlich vor. Solche Szenen machen sichtbar, dass

innerhalb der politischen Elite keine andere Meinung als die des Präsidenten geduldet wird. Die Macht liegt in letzter Instanz beim Präsidenten, der sowohl politische Richtung als auch personelle Besetzung der Schlüsselpositionen bestimmt.

Putin begrenzte seit dem Beginn seiner Präsidentschaft und vor allem nach 2012 systematisch den Einfluss anderer Eliten. Einerseits setzte das Regime auf Repression: Der allgegenwärtige Geheimdienst, die Zensur der Medien und willkürliche Verhaftungen signalisierten bereits in den ersten beiden Präsidentschaften Putins den Übergang zu einer autoritären Regierungsform. Andererseits wurde politische Konkurrenz durch institutionelle Mechanis-

Die Dominanz der Kremlpartei und die kontrollierte „Systemopposition“ erzeugen lediglich den Anschein von Pluralismus.

men neutralisiert. Parteien existieren zwar formal, doch die Dominanz der Kremlpartei „Einiges Russland“ und die kontrollierte „Systemopposition“ erzeugen lediglich den Anschein von Pluralismus. Parallel dazu wurde die Öffentlichkeit zunehmend kontrolliert: kritische Medien eingeschränkt, oppositionelle Stimmen marginalisiert und prominente Kritiker wie die Investigativ-

Journalistin Anna Politkovskaja oder der populäre liberale Politiker Boris Nemcov Opfer politischer Gewalt. Beide Attentate wurden nie hinreichend juristisch aufgeklärt und verfolgt.

Putin-Vertrauter Medwedew: Pro-forma-Präsident

Hinzu kommt die gezielte Umformung des institutionellen Rahmens. Die Verfassung wurde zwar nicht abgeschafft, aber flexibel interpretiert. So wurde die Bestimmung umgangen, dass ein Präsident nur zwei Amtszeiten haben sollte, indem der enge Vertraute Putins Dmitrij Medwedew zwischen 2008 und

→
Die „Mobile Einheit besonderer Bestimmung“ (OMON), die Teil der russischen Nationalgarde ist, verhaftet Teilnehmer des Marsches der Dissidenten in Moskau. Die Demonstranten bezeichneten Präsident Wladimir Putin als Staatsfeind.





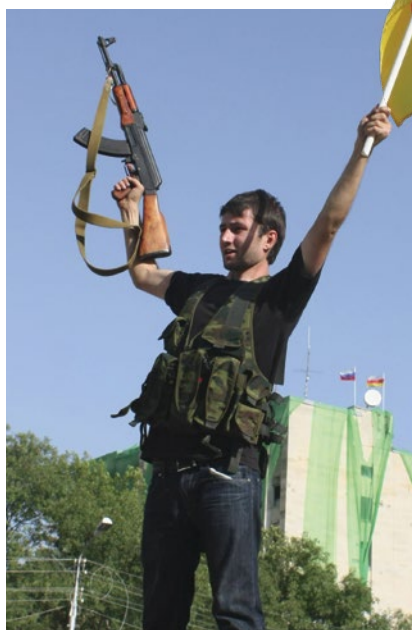
← Der russische Präsident Wladimir Putin überreichte eine persönliche Standarte an den Oberbefehlshaber der russischen Nationalgarde, Viktor Solotow (Mitte links), während einer Galaveranstaltung zum Tag der Nationalgarde im Kremlpalast am 27. März 2026.



↑ Blick auf den Spasskaja-Turm des Kreml und die Basilius-Kathedrale in der Abenddämmerung in Moskau, Russland.

2012 das Präsidentenamt gewissermaßen als Intermezzo übernahm. Danach amtierte Putin wieder als Präsident, was nicht den Buchstaben, wohl aber dem Geist der Verfassung widersprach. Gleichzeitig entwickelte das Regime ein ideologisches Konzept, das westliche demokratische Standards zurückweist und Russland als eigenständigen politischen Raum mit einer eigenen antiwestlichen Zivilisation definiert. Ergänzt wurde dies durch gesetzliche Maßnahmen wie das sogenannte Agentengesetz, das Nichtregierungsorganisationen als Instrumente ausländischer Einflussnahme diskreditiert und ihren Handlungsspielraum erheblich einschränkt. Ein wichtiger Meilenstein in der autokratischen Umformung Russlands ist die Verfassungsreform, die Putin 2020 durchsetzte. Formal wurde sie durch ein Referendum legitimiert, das aber unter der Bedingung stark eingeschränkter politischer Konkurrenz und medialer Kontrolle durchgeführt wurde. Kernpunkt der Verfassungsreform war die sogenannte „Nullstellung“ der Amtszeiten: Putins bisherige

Präsidentschaften wurden nicht mehr angerechnet, so dass er der Verfassung zufolge bis 2036 im Amt bleiben kann. Zugleich stärkte die Reform die Macht des Präsidenten gegenüber anderen Institutionen. So wurde die Rolle des Verfassungsgerichts geschwächt,



Ein Einheimischer schießt in Zchinwali mit einer südossetischen Nationalflagge in der Hand in die Luft, während der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens von Georgien durch Russland 2026.

dessen Richter stärker von der Exekutive abhängig gemacht

wurden. Inhaltlich gab

die Reform bestimmten ideologischen Positionen Verfassungsrang, etwa indem sie den „Vorrang nationalen Rechts vor internationalem Recht“, den Schutz „traditioneller Werte“ sowie die historische Kontinuität des russischen Staates hervorhob.

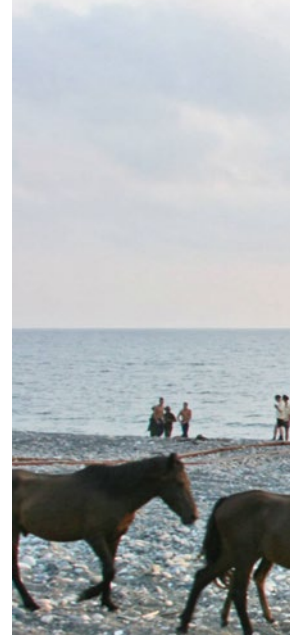
Systemeigen: Silowiki, wirtschaftliche Eliten, Technokraten und Religionsanhänger

Die Staatsgewalt ist in Russland klar zentralisiert, was in der starken Rolle der Sicherheitskräfte, der sogenannten Silowiki, zum Ausdruck kommt. Doch gewährleisten sie nicht durchweg ihre Funktion, für die Sicherheit der Bürger

zu sorgen. Im Gegenteil ist festzustellen, dass Silowiki oft in Korruption und teilweise auch in organisierte Gewalt verwickelt sind.

In der russischen Armee gibt es ein tief verwurzeltes System der Gewaltanwendung, das sich etwa gegen frisch rekrutierte Soldaten richtet. Die „Dedowschtschina“ (wörtliche Übersetzung: „Herrschaft der Großväter“) bezeichnet das in den russischen Streitkräften bis heute übliche Schikanieren jüngerer wehrpflichtiger Soldaten durch Dienstältere. Korruption spielt auch bei der Rekrutierungspraxis und dem Einsatz an der Front eine Rolle. Bestechung ist ein Mittel, mit dem man versuchen kann, sich der Einberufung beziehungsweise dem Fronteinsatz zu entziehen.

Neben den Silowiki gibt es andere gesellschaftliche Gruppen, die nicht direkt an den Staat gebunden sind. Die politische Handlungsfähigkeit der wirtschaftlichen Eliten ist seit den 2000er Jahren zunehmend eingegrenzt. Ein Markstein für diese Entwicklung war die Festnahme des Vorstandsvorsitzenden des Jukos-Ölkonzerns, Michail Chodorkowskij, im Oktober 2003. Technokratische Akteure sorgen für die administrative und ökonomische



Bereits der Zweite Tschetschenienkrieg spielte eine zentrale Rolle für Putins Aufstieg zum Präsidenten, indem er ihm das Image eines entschlossenen Führers verlieh.



← Ein russischer Schützenpanzer und ein Landungsschiff an einer Küste in Abchasien 2024.

→ Russische OMON-Offiziere patrouillieren mit Gesichtsmasken vor der Jumah-Moschee in Moskau während der Feierlichkeiten zum Fastenbrechen Eid al-Fitr zur Zeit der Corona-Pandemie.



Funktionsfähigkeit des Staates, treten politisch aber meist zurückhaltend auf. Die sogenannte „Systemopposition“ von zugelassenen, aber regierungsloyalen Parteien erfüllt eine stabilisierende Funktion, indem sie politische Vielfalt simuliert, ohne die Machtverhältnisse tatsächlich in Frage zu stellen.

Schließlich existieren die Religionsgemeinschaften als gesellschaftliche Akteure. Sie stehen dem politischen System loyal und unterstützend gegenüber. Besonders die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) fungiert als zentraler Partner des Staates: Sie legitimiert die politische Ordnung ideologisch, etwa durch die Betonung „traditioneller Werte“, nationaler Einheit und einer besonderen historischen Mission Russlands. Im Gegenzug erhält sie privilegierten Zugang zu Öffentlichkeit, Bildung und Militärseelsorge. Auch andere „traditionelle Religionen“ (Islam, Judentum, Buddhismus) sind institutionell ein-

gebunden und verhalten sich meist angepasst, um sich Handlungsspielräume zu sichern. Kritische religiöse Stimmen existieren, bleiben jedoch marginalisiert oder werden repressiv behandelt. Speziell im Bereich der ROK prägt ein Modell der „symphonia“ zwischen Staat und Religion das Verhältnis: Religiöse Akteure stützen die politische

Besonders die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) fungiert als zentraler Partner des Staates.

Ordnung, während der Staat ihre gesellschaftliche Stellung absichert und kontrolliert.

Die expansive Außenpolitik Russlands lässt sich vor diesem Hintergrund als

integraler Bestandteil des Systems verstehen. Imperiale Denkmuster sind in Russland selbst in der demokratischen Periode der 1990er Jahre nie vollständig verschwunden. Auch nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden die Nachbarstaaten nicht als vollständig souveräne Akteure anerkannt, sondern als Teil einer erweiterten Einflussphäre be-

trachtet. Der Begriff des „russkij mir“ (russische Welt) verdeutlicht diesen Anspruch, der kulturelle, sprachliche, wirtschaftliche, sicherheitspolitische und historische Argumente miteinander verbindet und politische Interventionen legitimiert. Aus Moskau werden die Nachbarstaaten, die früher zur

Sowjetunion gehörten, als „nahes Ausland“ bezeichnet. In diesem Begriff spiegelt sich das Verständnis der russischen Führung, dass diese Staaten nur eingeschränkt als souverän zu betrachten sind. In besonderer Weise



← Am 1. März 2014 wird in der ukrainischen Stadt Simferopol auf der Krim ein Gewerkschaftsgebäude durch verdeckt operierende russische Kräfte besetzt.



ist die Ukraine von dieser Auffassung der russischen Führung betroffen. Die Entscheidung der ukrainischen Politik, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu schließen, war ein Argument der russischen Führung, 2014 die Ukraine völkerrechtswidrig anzugreifen und die Krim zu annektieren. Abgesehen von den historisch angelegten imperialen Denkmustern spielen auch wirtschaftliche Gründe eine bedeutende Rolle. Ein wichtiges Motiv der russischen Ukrainepolitik sind die Bodenschätze und der agrarische Reichtum, über den die Ukraine verfügt.

Führers verlieh. In den folgenden Jahren setzte sich dieses Muster fort: Der Krieg gegen Georgien 2008, die Annexion der Krim 2014 und schließlich der umfassende Angriff auf die Ukraine 2022 markieren Stationen einer Politik, in der militärische Gewalt und autokratische Herrschaft sich gegenseitig verstärken.



↑ Ein Soldat steht in Orichiw (Region Saporischschja), wenige Kilometer von der Frontlinie entfernt, vor durch russischen Beschuss beschädigten Wohnhäusern. Russische Truppen beschießen die Stadt täglich mit Gleitbomben und Kampfdrohnen. Mehr als 90 Prozent der Infrastruktur wurden dort zerstört.

4 militärische Interventionen in 23 Jahren zeigen: Russlands Griff zur Gewalt ist kein Zufall. Jeder Krieg festigte Putins Macht im Inneren und weitete Russlands Einfluss nach außen aus.

Zusammenspiel expansiver Außenpolitik und innerer Machtfestigung

Entscheidendes Kennzeichen der russischen Entwicklung in der Zeit Putins ist die enge Verknüpfung von innerer Machtkonsolidierung und äußerer Expansion. Kriege fungieren nicht nur als außenpolitische Instrumente, sondern auch als Mittel zur Stabilisierung des Regimes im Inneren. Bereits der Zweite Tschetschenienkrieg (1999–2009) spielte eine zentrale Rolle für Putins Aufstieg zum Präsidenten, indem er ihm das Image eines entschlossenen

Diese Dynamik wird durch die Kontrolle der Öffentlichkeit zusätzlich begünstigt. Da unabhängige Medien und oppositionelle Kräfte weitgehend ausgeschaltet sind, kann die Regierung außenpolitische Maßnahmen propagandistisch legitimieren, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Gleichzeitig werden externe Bedrohungen – etwa durch den Westen oder angeblichen oder auch realen Terror – gezielt inszeniert, um innenpolitische Geschlossenheit herzustellen und Kritik zu delegitimieren.

Putins expansive Außenpolitik ist nicht als kurzfristige Reaktion auf aktuelle Ereignisse zu verstehen. Vielmehr ist sie das Ergebnis langfristiger struktureller Entwicklungen, in denen sich imperiale Traditionen, autokratische Machtstrukturen und strategische Nutzung von Konflikten überlagern. Der Krieg gegen die Ukraine stellt daher keine historische Zäsur dar, sondern eine radikale Zuspitzung eines bereits zuvor eingeschlagenen Kurses. Die Jahresfolge der militärischen Interventionen – 1999, 2008, 2014, 2022 – verdeutlicht diese Kontinuität ebenso wie die parallele Einschränkung demokratischer Strukturen im Inneren.



↑ Eine ukrainische Erinnerungsstätte mit Flaggen in der Nähe der Frontlinie in Saporischja in der Ukraine am 26. März 2026.

← Russische Soldaten vor einem Angriff in der Nähe von Bamut in Tschetschenien 1999.

Putins oder Russlands Krieg?

Vielfach wird diskutiert, ob es sich bei dem Krieg gegen die Ukraine um „Putins Krieg“ oder „Russlands Krieg“ handelt. Zweifellos ist das politische System Russlands und seine Außenpolitik in hohem Maße durch die Person des Präsidenten geprägt. Der entschlossene Umbau des Staates und der Angriff auf die Ukraine wären möglicherweise unter einem anderen Präsidenten nicht erfolgt. Putin zeichnet sich nicht nur durch extremen Machtwillen, sondern auch durch eine Geschichtsobsession aus. Er begründet die Zentralisierung des Staates wie auch den Angriff auf die Ukraine als historische Notwendigkeit. Russen und Ukrainer (sowie Belarussen) begreift er als ein Volk, daraus leitet er seine (falsche) Rechtfertigung für den völkerrechtswidrigen Krieg ab. Trotz dieses starken persönlichen Faktors ist der Krieg gegen die Ukraine als Russlands Krieg zu betrachten, weil er mit den Ressourcen Russlands und mit der zumindest stillschweigenden und resignativen Zustimmung der russischen Be-

Der Krieg gegen Georgien 2008, die Annexion der Krim 2014 und schließlich der umfassende Angriff auf die Ukraine 2022 markieren Stationen einer Politik, in der militärische Gewalt und autoritäre Herrschaft sich gegenseitig verstärken.

völkerung, im kleineren Maße auch der aktiven militaristischen Unterstützung durch nationalistische Gruppierungen, geführt wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint das heutige Russland als ein System, in dem Macht stark personalisiert ist, Eliten kontrolliert und integriert werden und Außenpolitik eng mit innenpolitischer Stabilisierung verknüpft ist. Die „imperiale Hypothek“ wirkt dabei als ideologischer und historischer Rahmen, der nicht nur politische Entscheidungen beeinflusst, sondern auch die Wahrnehmung von Staatlichkeit, Souveränität und internationaler Ordnung prägt.



Prof. Dr. Martin Schulze Wessel

ist Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.



Hybride Bedrohungen und Resilienz

Wenn die Grenzen zwischen Frieden und Krieg verschwimmen

— von Michael Vetter

„Wir befinden uns in einer gewalttätigen Auseinandersetzung, die Teil der politischen Auseinandersetzung um eine neue Weltordnung ist.“, so Professor Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München. Seit 2022 herrscht Krieg in unserer Nachbarschaft – Krieg ist in Europa Realität geworden. Gleichzeitig sehen wir uns wiederholten nuklearen Drohgebärden ausgesetzt, die an die dunkelsten Zeiten des Kalten Krieges erinnern.

Es existieren weiterhin Bedrohungen durch Spionage, Sabotage, Terrorismus sowie gezielte Angriffe aus dem Cyberraum: Der Tiergarten-Mord in 2019,

der Anschlagplan auf den Chef von Rheinmetall 2024, per Luftpost verschickte Brandsätze, Sabotagealarme in der Luftwaffenkaserne Köln-Wahn oder auf dem NATO-Fliegerhorst in Geilenkirchen, Cyberangriffe auf die Viasat-

Satelliten in 2022, auf die IT-Infrastruktur der Deutschen Flugsicherung (DFS) in 2024, Drohnenüberflüge oder die Beschädigung von Unterseekabeln in der Ostsee lassen das Gefühl der Unsicherheit wachsen.

Mehr zum Thema „Desinformation und russische Narrative“ finden Sie jetzt auf Sharepoint!

Vorträge, Arbeitsmaterial und weitere Informationen zum Thema „Desinformation & russische Narrative“ sowie den übrigen Jahresthemen finden Sie in der Dokumentenbibliothek im Rahmen der „Pakete zur Persönlichkeitsbildung 2026“.

Zugang nur über dienstliche IT





↑ Bundeswehrsoldaten des Wachbataillons nehmen im November 2025 an der nächtlichen Übung „Bollwerk Berlin III“ am U-Bahnhof Jungfernheide in Berlin teil.

← Im Rechnerraum steht auch ein Klimadatenarchiv. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) betreibt seit 1966 ein eigenes Rechenzentrum.

Hoch entwickelte, global vernetzte Länder mit offenen, liberalen Gesellschaften sind in besonderem Maße durch hybride Aktivitäten staatlicher Urheber und ihrer staatlichen und nicht-staatlichen Akteure verwundbar.

Die NATO bezeichnet dieses volatile, vielschichtige sicherheitspolitische Umfeld als „Future Operating Environment (FOE)“: Eine zunehmende Anzahl von einflussreichen Akteuren, staatlich wie nicht-staatlich, tritt in den Wettbewerb um Macht und Einfluss gegen Deutschlands strategische Ziele. Teilweise handelt es sich um Akteure, die sich kooperativ, aber zugleich auch konkurrierend, unkooperativ oder gar

feindlich – also als Gegner – verhalten. Die Grenzen zwischen Frieden, Krise und Krieg sowie zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwinden zunehmend. Hybridität und Graustufen bestimmen die Lage.

Staatliche oder staatlich unterstützte Akteure nutzen bewusst diese Grauzone und testen gezielt Grenzen staatlichen Handelns aus. Hybride Aktivitäten lassen sich dadurch charakterisieren, dass sie zeitlich aufeinander abgestimmt und in einer auf ihre Ziele angepassten Weise, offen oder verdeckt, ein breites Spektrum von militärischen und zivilen Instrumenten umfassen. Eine Besonderheit hybrider Bedrohungen ist

die Verschleierungstaktik. Hybride Akteure gehen äußerst kreativ und koordiniert vor und nutzen ein erhebliches Eskalationspotential, ohne die Schwelle zu einem offenen, bewaffneten Krieg zu überschreiten. Ziele sind, innenpolitische Spannungen im Zielstaat zu schüren, das Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit zu unterminieren und generell ein Bedrohungsempfinden und Politikverdrossenheit unter der Bevölkerung zu erzeugen, im „besten Fall“ sogar einen politischen Umsturz herbeizuführen.



↑ Übung Locked Shields 2026 - Verstärkte Zusammenarbeit in der Cyberabwehr: Im diesjährigen Blue Team wehrten Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg gemeinsam Cyberangriffe ab und erreichten Platz 2.

Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in 2022 haben hybride Aktivitäten in Form von Cyberangriffen oder Desinformationskampagnen auch in Deutschland deutlich zugenommen. Das Erkennen solcher Bedrohungen und die Abwehr von Cyberattacken zählt zu den schwierigen sicherheitspolitischen Herausforderungen: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Reaktion schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe: Sind wir noch im Frieden oder befinden wir uns schon im Krieg?

Die Rolle des Cyber- und Informationsraums

Hybride Einflussnahme nutzt regelmäßig und zunehmend den Cyber- und Informationsraum als zentrales Aktionsfeld. Denn der Cyber- und Informationsraum ist nicht nur ein technischer Raum, sondern bildet auch die Grundlage für soziale, wirtschaftliche und politische Prozesse. Insbesondere seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine konnte ein exponentieller Anstieg von digitalen Cyberangriffen und die Zunahmen von Desinformationskampagnen beobachtet werden. Bekannte Beispiele sind Doppelgänger-Webseiten von bekannten Medienportalen in 2024, die mit Fake News ausgestattet wurden.

Ein weiteres Mittel sind Ransomware-Angriffe, also Angriffe mit Schadprogrammen, auf Unternehmen oder Behörden, die erhebliche volkswirtschaftliche Schäden verursachen. Zunehmend stehen Internetauftritte von öffentlichen Verwaltungen und Behörden

im Fokus von Überlastungsangriffen, sogenannte Denial of Service-Angriffe, um die Verfügbarkeit des digitalen Dienstangebots durch eine kaum beherrschbare Flut von Anfragen aus dem Netz lahmzulegen.

Als schwer wahrnehmbarer, aber wesentlicher Teil der russischen Kriegsführung in der Ukraine wurde bereits im Vorfeld des Angriffs Russlands überwiegend der Cyber- und Informationsraum regelmäßig genutzt. Unmittelbar vor der russischen Invasion erfolgten massive Cyberattacken gegen die ukrainische Infrastruktur. Weitere Angriffsziele waren nicht nur die Ukraine, sondern auch deren Unterstützer, Verbündete oder Dritte.



Unberechenbarkeit wird zur Waffe: Sind wir noch im Frieden oder befinden wir uns schon im Krieg?



↑ Ein viertes Leck an der Nord-Stream-Pipeline wurde vor der Südküste Schwedens gemeldet. Zuvor waren bereits drei Lecks an den beiden Unterwasserpipelines zwischen Russland und Deutschland gemeldet worden.



Sichere kritische Infrastrukturen wie Kommunikations- und Energienetze, Bahnstrecken und Hafenanlagen sind für die Bundeswehr von entscheidender Bedeutung, da Kommunikation, sichere Lieferketten sowie Stromversorgung essentiell für die Handlungsfähigkeit auch von Streitkräften sind. Jedoch ist die Bundeswehr nicht konkret für den Schutz und die Abwehr von Cyberangriffen auf zivile kritische Infrastrukturen verantwortlich. Die Bundeswehr ist hingegen mit ihrer Teilstreitkraft Cyber- und Informationsraum (CIR) Teil der nationalen Cybersicherheitsarchitektur und leistet dort ihren eigenen Beitrag zur Resilienz und Aufrechterhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Im Zuge der Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes und der eigenen Betroffenheit werden im Rahmen verteidigungswichtiger Infrastrukturen der Bundeswehr insbesondere Rechenzentren der Bundeswehr und weitere infrastrukturelle Einrichtungen betrachtet. Hier geht es weniger um die Absicherung im Cyberraum als vielmehr um die bauliche Integrität, Resilienz, Autarkiefähigkeit und Absicherung im physischen Raum.

Dies alles führt zu entsprechenden Ableitungen in der erstmals vorliegenden Militärstrategie der Bundeswehr. Die „Wirkung hybrider Angriffe“ steht an Priorität zwei, unmittelbar hinter der Landes- und Bündnisverteidigung: „Sabotage und andere hybride Aktivitäten richten sich nicht nur gegen verteidigungsrelevante Einrichtungen. Vor allem zivile Infrastruktur für die staatliche Grundversorgung ist Ziel gegnerischer Akteure.“²

Wie trägt also die Bundeswehr dazu bei, die Wirkung gegnerischer Aktivitäten gegen zivile Infrastruktur für die staatliche Grundversorgung zu mindern?

KRITIS-Definition der Bundesregierung

Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Gesamtstaatliche Cybersicherheit

Unsere nationale Cybersicherheit fußt auf dem Wirkverbund des Bundesministeriums des Innern (BMI) mit Cyber-Abwehr, des Auswärtigen Amtes (AA) mit Cyber-Außenpolitik, des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDs) mit IT-Sicherheit und des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) mit Cyber-Verteidigung. Der Geschäftsbereich BMVg bringt seine Fähigkeiten im Cyber- und Informationsraum gemäß Ressorthoheit und verfassungsgemäßem Auftrag der Bundeswehr aktiv in die gesamtstaatliche Cybersicherheit ein.

Den strategischen Rahmen für die Weiterentwicklung der Cybersicherheitsarchitektur bildet die Fortschreibung der Cybersicherheitsstrategie für Deutschland. Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ), 2011 als Kooperations-, Kommunikations- und Koordinationsplattform der relevanten (Sicherheits-)Behörden gegründet, soll zum zentralen Element der Cybersicherheitsarchitektur weiterentwickelt und ausgebaut werden.



Locked Shields ist die weltweit größte und komplexeste multinationale Cyberabwehrübung. Sie wird seit 2010 jährlich vom NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCOE) in Tallinn, Estland, organisiert.

² Gesamtkonzeption militärische Verteidigung, April 2026, Seite 23



Blick vom MAIN TOWER auf die Gleise beim Frankfurter Hauptbahnhof während der Einfahrt eines Intercity-Express in den Bahnhof.

Hybride Bedrohungen zielen auf gesellschaftliche Bruchlinien sowie Schnittstellen staatlicher Zuständigkeiten. Sie lösen die Trennschärfe zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend auf.

Die Abwehr von Gefahren außerhalb des (militärischen) Spannungs- beziehungsweise Verteidigungsfalls liegt in Deutschland jedoch im Kern in der Zuständigkeit der Länder, auf der Durchführungsebene zumeist sogar auf kommunaler Ebene. Staatliche Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit bedingt den Schutz eigener IT-Systeme und Netzinfrastrukturen vor Cyberangriffen. Darüber hinaus braucht es jedoch auch klare Vorgaben für jene dringend benötigten Systeme, die nicht in staatlicher Hand betrieben werden, wie zum Beispiel Kommunikationssysteme oder das Stromnetz.

Da sich der Erfolg eines Cyberangriffs und daraus folgende Systemausfälle nicht gesichert verhindern lassen, sind schnelle Reaktionszeiten bei der Koordination zwischen Sicherheitsbehörden und gegebenenfalls mehreren Bundesländern und Bundesministerien sowie

verbündeten Staaten unerlässlich. Cyberverteidigung ist als militärischer Teil der Abwehr von Gefahren im und aus dem Cyberraum Auftrag der Bundeswehr, die auch außerhalb des Verteidigungsfalls in einem breiten Spektrum von Anwendungsmöglichkeiten eingesetzt werden kann. Die Fähigkeiten der Bundeswehr im Cyberraum sind deshalb wesentlicher Teil der Cybersicherheitsarchitektur.

Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum dient als dauerhafte Plattform zum Austausch und zum Lageabgleich sowie zur Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts. Mit den zwei Kernfunktionen „Lagebild“ und „Abstimmung/Koordination“ ist es das zentrale

Element, um gesamtstaatlich handlungsfähig zu sein. Der militärische Anteil des CIR ist deshalb immer im gesamtstaatlichen Kontext mit politischen und privaten Akteuren zu denken und zu planen.

Im Falle eines schwerwiegenden Cyberangriffs werden die verschiedenen Beteiligten keine Zeit haben, Zuständigkeiten zu klären, Ansprechpartner zu suchen und Verfahren abzustimmen. Aus diesen Erkenntnissen heraus wurden zwei wesentliche Kernfunktionalitäten des Cyber-AZ definiert:

1. Ein gemeinsames, aktuelles und ganzheitliches Cyberlagebild, einschließlich der Fähigkeit zur Analyse, Aus- und Bewertung dynamischer, komplexer Cyberlagen, bildet die Grundlage staatlicher Reaktionsfähigkeit im Cyberraum.
2. Die staatliche Reaktion auf Cyberfälle und insbesondere auf größer angelegte Kampagnen muss auf erprobten, eingeübten und dennoch im Einzelfall flexiblen Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen beruhen.



Digitale Souveränität als Voraussetzung für Resilienz

Unter „digitaler Souveränität“ versteht die Bundeswehr die uneingeschränkten Kontroll- und Handlungsfähigkeiten im Cyber- und Informationsraum, die es der Bundeswehr erlauben, ihren verfassungsgemäßen Auftrag sicher, selbstbestimmt und frei von ungewollter Einflussnahme durch Dritte auszuüben. Digital souverän agieren zu können, bedeutet jedoch nicht, digital autark zu sein.

Digitale Souveränität der Bundeswehr wird als laufender, aktiver Prozess behandelt, dem eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Nicht nur die geo-

politische Lage verändert sich stetig, auch Technologien entwickeln sich permanent weiter. Daher bewertet die Bundeswehr ihre Handlungs- und Realisierungsmöglichkeiten kontinuierlich neu. Für die Bundeswehr ist der Aufbau der digitalen Souveränität ein strategisches Ziel. Die Abteilung Innovation und Cyber im BMVg hat dazu sechs wesentliche Handlungsfelder identifiziert: die Nutzung vertrauenswürdiger IT, der Aufbau und der Erhalt von Schlüsseltechnologien, der Aufbau und der Erhalt von Datensouveränität, die Erhöhung der Innovationsfähigkeit, der Aufbau und der Erhalt digitaler Kompetenzen sowie der Erhalt der Kernführungsfähigkeit.

Digitale Souveränität der Bundeswehr wird als laufender, aktiver Prozess behandelt, dem eine hohe Bedeutung beigemessen wird.

deutung. Dazu zählt auch eine gezielte Reduktion von Abhängigkeiten von nicht-europäischen Anbietern sowie der Aufbau resilienter und zuverlässiger Lieferketten.

Fazit

Hybride Bedrohungen zielen unter anderem auf gesellschaftliche Bruchlinien sowie Schnittstellen staatlicher Zuständigkeiten. Sie lösen die Trennschärfe zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend auf. Hybride Aktivitäten eines verdeckt agierenden Gegners sind schwer wahrnehmbar, sie verlangen treffsichere Vorbereitung und eine entschlossene Antwort. Der Cyber- und Informationsraum ist integraler Teil von hybriden Aktivitäten, seine Bedeutung wächst infolge der technologischen Fortschritte, insbesondere im Bereich KI, deutlich an. Alle genannten Handlungsfelder, die Wirkung gegen hybride Bedrohungen erzielen sollen, müssen gesamtstaatlich, also durch uns gemeinsam, antizipiert werden.



↑ Nationales IT-Lagezentrum: Lagebeobachter vom Kommando Cyber- und Informationsraum arbeiten im Nationalen IT-Lagezentrum des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik in Bonn.

← Soldaten trainieren den Ernstfall während der Übung „Bollwerk Berlin III“ 2025.

In Kernbereichen der Informationsverarbeitung wie dem Cloud-Computing kommt der digitalen Souveränität eine besondere Bedeutung zu. Bundeswehreigene Entwicklungen wie zum Beispiel die pCloudBw oder der BwMessenger, der auch in zahlreichen öffentlichen Bereichen wie beispielsweise in Kommunen, Ge-

meinden und bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) außerhalb der Bundeswehr genutzt wird, stellen einen wichtigen Beitrag zu einem möglichst hohen Grad an digitaler Souveränität und Resilienz dar. Im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge ist neben der ressortübergreifenden Vorgehensweise und darüber hinaus auch die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zur Verbesserung der digitalen Souveränität von entscheidender Be-



Generalleutnant Michael Vetter

Abteilungsleiter Innovation und Cyber im BMVg.
Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.



↑
Trauernde Menschen legen
Blumen und ein Bild am Tatort
des Mordes an dem Opposi-
tionspolitiker Boris Nemzow in
Moskau, unweit des Kreml, ab,
der dort am frühen Morgen des
27. Februar 2015 erschossen
worden war.

Russland im Krieg:

Stabilität nach außen,
Erosion im Inneren?

Trotz hoher Verluste im Krieg gegen die Ukraine, internationaler Sanktionen und wachsender wirtschaftlicher Probleme wirkt die autokratische Herrschaft Wladimir Putins in Russland konsolidiert. Gleichzeitig steht sie vor erheblichen strukturellen Herausforderungen, die Risiken für ihre zukünftige Stabilität bergen.

— von Alexander Friedman

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt für Russland eine tiefgreifende Zäsur in seiner Geschichte dar.

Russlands Präsident Wladimir Putin, gegen den der Internationale Strafgerichtshof am 17. März 2023 einen Haftbefehl wegen des Vorwurfs von Kriegsverbrechen erlassen hat, betrachtet diesen Krieg als Existenz- oder Schicksalskampf für seine Nation. Seine Kriegsbilanz fällt durchwachsen aus: Russland, das nach Einschätzung der US-Denkfabrik Center for Strategic and International Studies bis Anfang 2026 rund 1,2 Millionen Soldaten als Tote, Verletzte oder Vermisste verloren haben soll,¹ kontrolliert knapp 20 Prozent des ukrainischen Territoriums. Eine vom Kreml erhoffte Kapitulation der Ukraine ist jedoch nicht in Sicht. Die

russische Kriegswirtschaft zeigt indes Krisenanzeichen. Steigende Ölpreise im Zuge der amerikanisch-israelischen Militäroperation gegen den Iran haben die Lage bislang grundsätzlich nicht verbessert. Trotzdem wirkt das System Putin nach außen stabil.



Anhänger der Partei „Einiges Russland“ mit Fahnen auf einer Demonstration zum 1. Mai in Ivanovo.

Ein System der „souveränen Demokratie“

Nach seinem Wahlsieg 2000 setzte Putin auf die sogenannte „gelenkte“ oder „verwaltete Demokratie“. In Russland spricht man auch von

„souveräner Demokratie“. Dieser Begriff „suverennaja demokratija“ wird auch von Putin verwendet. Damit will er betonen, dass die „russische Demokratie“ eine besondere Demokratie sei, die keine äußeren Vorbilder kopiere und nationale Traditionen, Geschichte und Eigenart berücksichtige. Hinter der Fassade der „souveränen Demokratie“ verbirgt sich ein zunehmend autokratisches System. In diesem System bestehen demokratische politische Institutionen zwar fort, und Wahlen finden regelmäßig statt, doch Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz werden lediglich deklariert.

Diverse Macht- und Propagandatechniken sowie immer häufiger brachiale Gewaltmethoden werden angewendet, um die Wahlen zu manipulieren und das gesamte Machtsystem vom Kreml aus zu steuern.

¹ Sauer, Piotr. Russian and Ukrainian military casualties in war nearing 2m, study finds. In: The Guardian v. 28.1.2026, <https://www.theguardian.com/world/2026/jan/28/russia-ukraine-military-casualties-war-study> (10.4.2026).

Freiheit der Meinung, unabhängige Justiz oder Pressefreiheit sind drastisch eingeschränkt. Kernprinzipien moderner Demokratien – etwa Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz – werden zwar formal betont, in der Praxis jedoch missachtet.

(1976–2024). Die von ihm gegründete Stiftung für Korruptionsbekämpfung gilt in Russland als extremistisch bzw. terroristisch. Nawalny selbst starb in Haft, wobei Deutschland und weitere europäische Länder von einer Vergiftung, also von einem Mord, ausgehen. Nach einem Gefangenenaustausch

Selbstzensur und vermeiden offene Kritik angesichts andauernder Repressionen.

Stabilität mit Risiken

Anfang April 2026 stellte das staatlich kontrollierte Meinungsforschungsinstitut WZIOM fest, dass die Zustimmungswerte für Putin auf 67,8 Prozent gesunken sind – den niedrigsten Wert seit dem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022.² Trotz der begrenzten Aussagekraft von Umfragen in



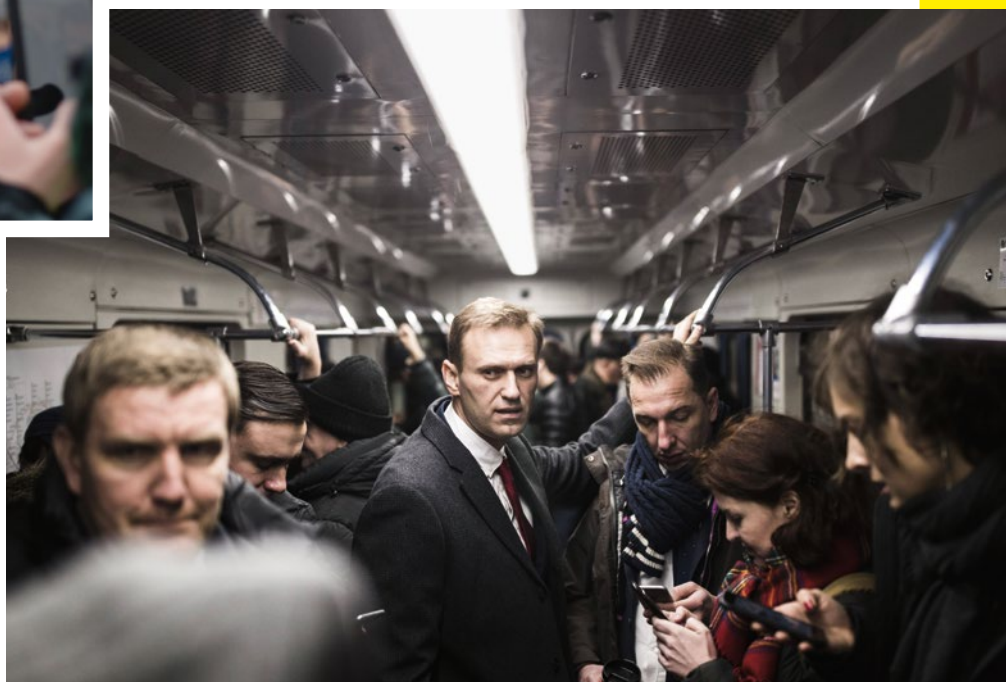
← Anhänger des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny protestieren in Sankt Petersburg im Januar 2021 für die Freiheit.

In den 2000er Jahren bemühte sich das Regime noch um ein demokratisches Erscheinungsbild. Seit Putins Rückkehr auf den Posten des Staatspräsidenten 2012 ist das System deutlich autokratischer geworden. Die Aggression gegen die Ukraine (seit 2014) und vor allem der offene Krieg gegen das Nachbarland haben diese Tendenzen verstärkt.

Demokratische Opposition ohne Einfluss

Die politische Konkurrenz zur Regierungspartei „Einiges Russland“ besteht nur aus loyalen Systemparteien wie der Kommunistischen Partei oder der linksgerichteten Partei „Gerechtes Russland“. Sie äußern sich gelegentlich kritisch zur Innenpolitik, unterstützen aber außenpolitisch Putins Kurs und den Krieg. Kritische Kräfte außerhalb des Systems werden marginalisiert, strafrechtlich verfolgt oder ins Exil gedrängt.

Besonders betroffen von Repressionen sind Anhänger und Anhängerinnen des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny



↑ Der russische Oppositionsführer Alexei Nawalny vor seinem Besuch bei der Zentralen Wahlkommission Russlands (ZWK) in Moskau am 25. Dezember 2017.

Ende 2024 kamen mehrere prominente Oppositionelle frei, darunter Wladimir Kara-Murza und Ilja Jaschin. Sie leben heute im Ausland. Dort erreichen sie ihr Publikum über soziale Netzwerke und Exilmedien wie den Internet-Sender Doschd oder die Internetzeitungen Meduza oder Nowaja Gazeta Europa. Ihr Einfluss innerhalb Russlands bleibt jedoch insgesamt gering. Viele regimekritische Bürger und Bürgerinnen üben

autokratischen, repressiven Systemen ist weiterhin von einer hohen Unterstützung für Putin auszugehen. Diese Zustimmung könnte aber bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, von der viele Experten ausgehen, schnell sinken. Zudem birgt ein mögliches Kriegsende Risiken: Frustrierte Veteranen können etwa zu gesellschaftlichen Spannungen beitragen.

² Putin's approval rating falls below 70%, its lowest since before Russia's full-scale invasion of Ukraine. In: Meduza v. 10.4.2026, <https://meduza.io/en/news/2026/04/10/putin-s-approval-rating-falls-below-70-its-lowest-since-before-russia-s-full-scale-invasion-of-ukraine> (10.4.2026).

1,2 Mio

russische Soldaten tot, verletzt oder vermisst*

* bis Anfang 2026. Einschätzung der US-Denkfabrik
Center for Strategic and International Studies.

Dies könnte zu einem weiteren Anstieg der ohnehin verbreiteten Kriminalität führen. Die weitverbreitete Korruption im Zusammenhang mit der Rekrutierung von Soldaten sowie die Veruntreuung von Staatsmitteln durch hochrangige Beamte im Verteidigungsministerium haben in der Bevölkerung für Unmut gesorgt und bilden eine weitere Herausforderung. Der kurzzeitige Kontrollverlust während der Wagner-Meuterei im Juni 2023 und die antisemitischen Ausschreitungen in Dagestan im Oktober 2023 stellten für den Kreml eine deutliche Warnung dar.

Eine kriegsmüde Gesellschaft?

Auch im fünften Kriegsjahr zeigt der Kreml keine Anzeichen von Kriegsmüdigkeit. Die Bevölkerung reagiert differenziert. Umfragen des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum Ende März 2026 zeigen, dass nur etwa die Hälfte der Befragten den Krieg aktiv verfolgt. 61 Prozent sprechen sich für Friedensverhandlungen aus, besonders jüngere Menschen. Kriegsmüdigkeit bedeutet jedoch nicht zwangsläufig einen kritischen Umgang mit der „speziellen Militärope-

ration“. Vielmehr spiegelt sich darin die Hoffnung wider, die Kontrolle über die Ukraine auf friedlichem Wege zu erreichen. Die überwiegende Mehrheit (76 Prozent) unterstützt weiterhin die russischen Streitkräfte in der Ukraine.³ In europäischen Pressepublikationen wird häufig zwischen der Stimmung in Metropolen wie Moskau und Sankt Petersburg und jener in der Provinz unterschieden. Dabei werden der Hauptstadt eher regierungskritische Einstellungen zugeschrieben. Die Zustimmung für die russische Armee ist jedoch ausgerechnet in Moskau besonders hoch: Laut der erwähnten Lewada-Umfrage beträgt sie 80 Prozent.

Als mögliche Gründe gelten die deutlich bessere wirtschaftliche Situation in der Hauptstadt sowie die geringere direkte Betroffenheit. Diese ergibt sich durch die moderne Luftabwehr und die Zurückhaltung der Regierung bei der Rekrutierung von Soldaten in Moskau, um Proteste und Unzufriedenheit zu vermeiden. Der Schwerpunkt der Rekrutierungskampagnen liegt ohnehin in der Provinz, insbesondere im asiatischen Teil des Landes. Dort unter-

Tausende Russen erweisen der im Oktober 2006 ermordeten russischen Journalistin Anna Politkovskaja auf dem Trojekurowo-Friedhof in Moskau die letzte Ehre.



zeichnen etliche Männer angesichts von Arbeits- und Perspektivlosigkeit finanziell attraktive Verträge mit dem Verteidigungsministerium und ziehen in den Krieg.

Eine besondere Position nimmt der muslimisch geprägte Nordkaukasus ein, dessen Republiken wie etwa Dagestan und insbesondere Tschetschenien nicht selten als „Staat im Staat“ bezeichnet werden. Dort werden Menschenrechte besonders häufig und systematisch verletzt. Als Beispiel können Homosexuelle genannt werden, die in Russland generell schikaniert und diskriminiert werden und deren Lage im Nordkaukasus besonders prekär ist. Die Region gilt angesichts separatistischer und islamistischer Tendenzen als Pulverfass. Nach den spontanen Protesten gegen die Teilmobilmachung in Dagestan Ende September 2022 wird dort und in weiteren nordkaukasischen Republiken nur vorsichtig für die Front rekrutiert. Die Ukraine versucht zudem durch geschickte Kriegspropaganda, innere Spannungen und Konflikte in Russland – insbesondere im Nordkaukasus – weiter zu verschärfen.

³ Konflikt s Ukrajinou v marte 2026 goda: vnimanie, podderzka voozruzhennych sil i idei peregovorov, motivy storonnikov i protivnikov peregovorov. In: levada.ru v. 2.4.2026, <https://www.levada.ru/2026/04/02/konflikt-s-ukrainoi-v-marte-2026-goda/print/> (10.4.2026).



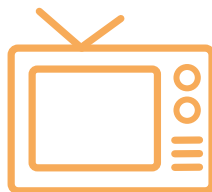
↑ Der russische Präsident Dmitrij Medwedew spricht 2011 am Abschlussstag des 12. Parteitags der Partei „Einiges Russland“ im Luschniki-Sportpalast in Moskau zu den Delegierten.

61%

Information, Kontrolle und Propaganda

Der Kreml betont, dass die Meinungsfreiheit in Russland gewährleistet sei – im Gegensatz zu westlichen Staaten, die er häufig als „Scheindemokratien“ bezeichnet. Tatsächlich wurde der geduldete Meinungsfreiheitskorridor unter Putin jedoch kontinuierlich schmaler, insbesondere nach dem Überfall auf die Ukraine. Die schon vor 2022 omnipräsente antiwestliche Propaganda erreichte eine neue Stufe. Als „Verleumdung der russischen Streitkräfte“ diffamiert, steht die Kritik an der „speziellen Militäroperation“ unter Strafe. Während die staatlichen und längst auch privaten Medien auf die kremltreue Linie gebracht wurden, stellt das Internet eine zentrale Herausforderung für das Regime dar.

Laut einer Levada-Umfrage aus 2026 bleibt das Fernsehen für die meisten Russen und Russinnen weiterhin die wichtigste Nachrichtenquelle (61 Prozent). Bei jungen Menschen von 18 bis 39 Jahren spielen soziale Netzwerke sowie YouTube- und Telegram-Kanäle



der Russen und Russinnen nennen das Fernsehen als ihre wichtigste Nachrichtenquelle.

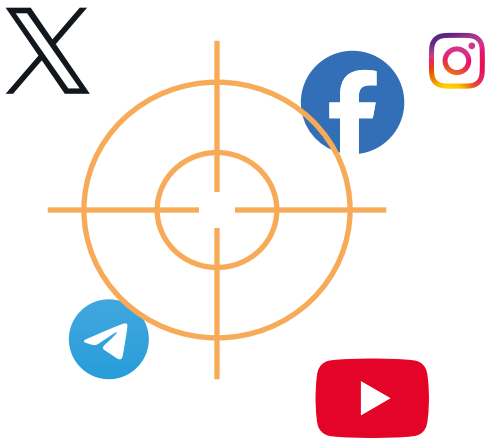
eine maßgebliche Rolle.⁴ Vor diesem Hintergrund setzt der Staat auf das sogenannte „souveräne Internet“ nach chinesischem Vorbild und versucht, unerwünschte, nicht kontrollierte westliche soziale Netzwerke (wie Meta oder X), YouTube und inzwischen auch Telegram zu verdrängen oder zu verbieten. Gleichzeitig werden nationale Alternativen zu westlichen Plattformen aufgebaut, darunter das Videoportal Rutube und der Messenger Max.

Insgesamt verfügen die Menschen – etwa mithilfe von VPN – weiterhin über Möglichkeiten, sich aus den vom Staat nicht beherrschten Quellen

zu informieren. Diese Möglichkeiten werden jedoch häufig nicht genutzt: einerseits, weil sie mit gewissen Risiken und Nachteilen verbunden sein mögen, andererseits, weil viele Bürger und Bürgerinnen die aus ihrer Sicht angenehme Propaganda nicht hinterfragen wollen. Häufig im Westen als absurd und unglaubwürdig verspottet, erreicht diese Propaganda daher zahlreiche Menschen in Russland und im Ausland. Zwar sinkt das Interesse an diversen Propagandaformaten aufgrund der Kriegsmüdigkeit, doch der bisherige Erfolg der Staatspropaganda ist offensichtlich. Dieser Erfolg lässt sich vor allem auf überzogene Selbstbilder und nationa-

⁴ Auditorii razlichnykh istochnikov informacii: častota ispol'zovanija i doverie v marte 2026 goda. In: levada.ru v. 7.4.2026, <https://www.levada.ru/2026/04/07/auditorii-istochnikov-informatsii-v-marte-2026-goda/print/> (10.4.2026).

⁵ Brunner, Detlev. Einheit und Transformation. Deutschland in den 1990er Jahren. Stuttgart 2022, S. 12.



Der Staat versucht, unerwünschte, nicht kontrollierte westliche soziale Netzwerke (wie Meta oder X), YouTube und inzwischen auch Telegram zu verdrängen oder zu verbieten.

listische Feindbilder zurückführen. Sie entsprechen Vorstellungen, Träumen und tradierten Ressentiments zahlreicher Menschen, die den Untergang der UdSSR bedauern und vom Abstieg der internationalen Bedeutung Russlands nach 1991 gekränkt sind. Demokratie und Freiheit verbinden sie mit der turbulenten und in vielen Bereichen misslungenen Transformation der 1990er Jahre. Hinzu kommen die Erholung der russischen Wirtschaft im 21. Jahrhundert, die scheinbare Stabilität, kaum vorhandene Erfahrungen mit Demokratie, verfestigte autokratische Strukturen und in der russischen traditionellen Kultur verankerte Obrig-

keitshörigkeit. Unter diesen Umständen setzen zahlreiche Menschen auf das System Putin, das ihnen als Stabilitätsanker in unsicheren Zeiten erscheint.

Ausblick: Stabilität auf Zeit?

Am 19. Januar 1989 erklärte der DDR-Staatschef Erich Honecker, dass die Berliner Mauer „in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen“ werde.⁵ Diese Einschätzung wurde auch von etlichen Experten geteilt, die die DDR konsolidiert und als gefestigt bewertet hatten. Nicht einmal ein Jahr später fiel die Mauer. 1990 war die Geschichte der DDR zu Ende. Putin, der den Untergang der DDR mit eigenen Augen miterlebt hat, deutet in seinen Reden und Texten an, dass das von ihm errichtete System eine glorreiche Zukunft habe. Eine Demokratisierung Russlands ist derzeit nicht absehbar.

Vielmehr wird kurzfristig eine Verschärfung autokratischer Tendenzen – bis hin zu einer totalitären Herrschaft – erwartet. Mittel- und langfristig steht der Kreml vor erheblichen Herausforderungen. Sie können zu einer Belastungsprobe für das mühsam aufgebaute System werden.

Die Stabilität autokratischer und totalitärer Systeme beruht auf Kontrolle, Angst und Unterdrückung. Sie ist damit, wie die Philosophin Hannah Arendt betont hat, häufig trügerisch. Dies zeigte sich im Fall der DDR und könnte sich auch im Fall von Putins Russland erweisen.



↑ Eine festgenommene Demonstrantin in einem Polizeiwagen in 2013, während sich Anhänger des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny im Zentrum Moskaus versammeln, um gegen seine Verurteilung im Kirovles-Prozess zu protestieren.



Dr. Alexander Friedman

lehrt Osteuropäische Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sowie Europäische Zeitgeschichte an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Quellen: Aust, Martin. Die Schatten des Imperiums: Russland seit 1991. München 2019. Courtois, Stéphane und Ackerman, Galia. Schwarzbuch Putin. München 2024. Kappeler, Andreas. Russische Geschichte. 9. Auflage. München 2024. Mommsen, Margareta und Nußberger, Angelika. Das System Putin: Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Rußland. 2. Aufl. München 2009. Uhl, Mathias. Wie stark ist Russland wirklich? Die Wahrheit über Putins Militärmacht. Freiburg im Breisgau 2026.

A photograph of Vladimir Putin in a light blue dress shirt and a dark blue patterned tie, talking on a black mobile phone. He is standing in an office with green curtains in the background. A large yellow rectangular graphic is on the right side of the image. The text 'Was leitet Putin – was ist sein Ziel?' is overlaid in white.

Was leitet Putin – was ist sein Ziel?

Seite 36: Foto: Kremlin Press Service/Alexey Nikolsky
Seite 37: Foto: Imago Images/Russian Look

Im Gegensatz zu seinem US-amerikanischen Amtskollegen hält sich Wladimir Putin bewusst im Hintergrund. Während Donald Trump die Welt rhetorisch auf den Kopf stellt, bleibt der russische Präsident auf seine Ziele fokussiert.

Aber welche Ziele sind das eigentlich? Sind sie auf die Ukraine beschränkt, die „so dreist“ war, sich der EU oder gar der NATO anschließen zu wollen? Das Weltbild, das Wladimir Putin mehr als zwanzig Jahre lang ausgearbeitet hat, macht deutlich, dass sein Ehrgeiz viel weiter geht.



↑ Eine Aufnahme Wladimir Putins aus Kindertagen.

— von Michel Eltchaninoff

Ein mit Geduld geschaffenes Weltbild: Wladimir Putin und seine langfristigen Ziele nicht ernst zu nehmen, wäre ein Fehler. Denn seine wesentlichen Stärken sind Stetigkeit und Hartnäckigkeit. Deshalb ist es so wichtig, seine Aussagen zu entschlüsseln.

Der 73-jährige russische Präsident hat die Verfassung ändern lassen und kann bis 2036 an der Macht bleiben – vorausgesetzt, er gewinnt 2030 die Wahlen, was nur eine Formsache sein wird. Er räumt sich genügend Zeit ein, um die Ziele zu erreichen, die er sich vor mehr als 25 Jahren gesetzt hat. Welche Ziele sind das? Nicht nur, Russland wieder zu einem wichtigen Akteur zu machen – und nicht nur, ein neues Kapitel in der Geschichte seines Landes aufzuschlagen: Er möchte die Weltordnung umstoßen.

Während seiner ersten beiden Amtszeiten zwischen 2000 und 2008 ging der Präsident der Russischen Föderation vorsichtig vor. Nach einem in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht schwierigen Jahrzehnt des Postkommunismus präsentierte er sich als Mann der Stabilität und des Aufschwungs. Er nutzte die steigenden Ölpreise, um eine Mittelschicht entstehen zu lassen, und entledigte sich gleichzeitig all derer, die seine Macht in Frage stellen könnten. Er kontrolliert seither die Medien, schaltet jegliche politische Konkurrenz aus, greift bei den Oligarchen hart durch. Gegenüber europäischen Partnern gibt er sich beschwichtigend. Er zitiert Immanuel Kant und erinnert an die Zugehörigkeit Russlands zum Europa des Rechts und der Demokratie. Er pflegt sein Image als tatkräftiger Führer. Aber gleichzeitig führte er mit nie dagewesener Brutalität

← Russischer Staatslenker: Wladimir Putin bei einem Telefonat in seinem Arbeitszimmer, 2014.



↑ Der chinesische Präsident Xi Jinping trifft den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Beijing, Februar 2022.

Krieg gegen die separatistischen Bestrebungen in Tschetschenien und nun in der Ukraine. Vor allem aber entwickelte er ein strukturiertes und eigenständiges Weltbild. Der Westen war gefangen in einer Passivität, die verhinderte, diese Ideologie zu entziffern und in seiner ganzen Tragweite zu verstehen.

Die Säulen des Putinismus

Diese Ideologie stützt sich insbesondere auf drei Säulen. Wladimir Putin, geboren 1952 in Leningrad, ist zunächst ein „homo sovieticus“. Auch wenn er

nie an den Marxismus geglaubt hat, so schwört er doch ausschließlich auf Großmächte und ignoriert „kleine Länder“, die er nur als Satellitenstaaten oder unbedeutende Mächte betrachtet. Er ist voll des Lobes über den sowjeti-

schen Patriotismus und den Sieg der UdSSR über den Nationalsozialismus. Er betrachtet den KGB und den FSB, dem er selbst angehört, als die Elitetruppe seines Landes. Putin hat den Fall der Sowjetunion nie verwunden; es düstert ihn nach Rache gegenüber der NATO und der EU, die er für feindselig und heuchlerisch hält.

Vor diesem sowjetischen Hintergrund zitiert er russische Philosophen, die seiner Ideologie ein intellektuelles Gerüst verschaffen. Er verweist auf die

← Mit nacktem Oberkörper und Kreuzkette, reitend auf einem Pferd: Putin findet Gefallen daran, sich als „starken, gottesfürchtigen Helden“ zu inszenieren.



2009



Seite 38: Foto: imago images/Xinhua/Li Tao, imago images/SNA/Alexei Druzhinin
Seite 39: Fotos: imago images/Russian Look, Kremlin Press Service/Ria Novosti/
Alexey Nikolsky

sogenannten slawophilen Denker des 19. Jahrhunderts und ihren Stolz auf die ethischen Grundlagen Russlands, die sich von denen des übrigen Europas unterscheiden. Nach ihrer Überzeugung wurde der Westen nach Grundsätzen wie Recht, Technik, Fortschritt, Säkularisierung und Wohlergehen der Bürgerschaft geschaffen. Russland hingegen bliebe seinen religiösen Werten treu und fördere dadurch die

China erstreckt. Für diese Denker ist Russland eine eigene Zivilisation. Gestützt auf diese drei Säulen, denen der Imperialismus und die Verherrlichung des Konflikts mit dem Westen gemein ist, versichert Wladimir Putin seinen Mitbürgern, dass das Schicksal ihres Landes nicht mit dem demokratischen, liberalen und friedlichen Weg eines sich im Aufbau befindlichen Europa verschmelzen dürfe.



↑ Patriarch Alexij II. und Wladimir Putin (v. l.) beim Organisationskomitee zur 2000-Jahr-Feier des Christentums in Moskau, 1999.

Familie, die Achtung der Traditionen, Pflichtbewusstsein und sogar Opferbereitschaft. Neben dem Sowjetismus und der Slawophilie stützt Putin seine Ideologie noch auf eine dritte Säule. Da er sich nach seiner Machtübernahme Asien annähern wollte, zitiert er gern die sogenannten eurasischen russischen Denker. Diese betrachten Russland nicht als der westeuropäischen Staatenfamilie zugehörig, sondern als Teil eines weiträumigen Verbunds, der sich über Zentralasien und bis nach

und sei der „Vasall“ der Vereinigten Staaten von Amerika. In seinen Augen sei Russland das konservative Gegengewicht zum Westen, der verfallende. Putins Rhetorik kommt auch jenseits der Landesgrenzen gut an. Zahlreiche vom Leben in der Demokratie enttäuschte Bürger und Parteien wenden sich ihm zu. Putin nutzte die Revolution in der Ukraine, um gegen das Völkerrecht zu verstoßen. Er nahm die Krim ein, unterstützte die Separatisten im Donbass, was internationale Reaktionen

Beginn der Handlungen gegen den „dekadenten Westen“

Ab 2012 wurde Putins Rhetorik nach einer schwierigen Rückkehr in das Präsidentenamt offensiver. Er erklärte offen den Niedergang Europas. Seiner Meinung nach habe dieses seine religiösen Wurzeln vergessen und durch die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe und die Förderung des „Wokismus“ die „traditionelle Familie“ zerstört, stehe der Einwanderung zu offen gegenüber, verachte seine verarmten Massen



↑ Wladimir Putin zeigt sich bei sportlichen Anlässen gern in Camouflage-Uniform, 2013.

» In seinem [Putins] Verständnis ist der Krieg zum Kulturkampf geworden.

auslöste, die der Schwere der Tat jedoch nicht gerecht wurden. Er schaltete sich in Syrien ein. Er leitete eine neue, aggressive Etappe seines intellektuellen Vorhabens ein. Er will nun nicht mehr nur die Macht Russlands wiederherstellen. Er will sie mithilfe von China unter Xi Jinping und anderen Verbündeten in der ganzen Welt und vor allem in Europa durchsetzen.

Ein metaphysischer Krieg gegen Europa

Die Vollinvasion der Ukraine in 2022 steht für den Beginn einer neuen Phase. Wladimir Putin schreckt nun nicht mehr davor zurück, in Europa einen Krieg mit hoher Intensität zu entfachen. Es ist ihm bisher allerdings weder gelungen, Kyjiw in die Knie zu zwingen, noch sich in der Ukraine durchzusetzen. Die russische Wirtschaft leidet. Aber das spielt für ihn keine Rolle, denn in seinem Verständnis ist der Krieg zum Kulturkampf geworden. Für ihn ist Russland so wie zu Zeiten der Sowjetunion von Feinden umgeben, die seinen Untergang wollen.

Jeder Gegner der imperialistischen Politik Putins wird als „russophob“ oder „Neonazi“ bezeichnet.



↑ Unschlagbar und schnell: Wladimir Putin mimt den großen Sportler während eines Galaspiels zwischen Amateuren und Profi-Eishockeyspielern im russischen Sotschi, 2014.

1998

Putin betrachtet seinen Kampf als eine die ganze Welt umfassende, heilbringende Mission. Daher sind ihm alle Mittel recht, um die Herrschaft über Europa zu erlangen: Invasion, hybride Kriegsführung, Informationskrieg, Einflussnahme und die Unterstützung von populistischen Parteien, die ihm gewogen sind. Putin würde lieber gewinnen, ohne kämpfen zu müssen, und zwar durch den Aufstieg prorussischer und antieuropäischer Kräfte in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und anderswo.

Mit der Ideologie, die Putin geduldig ausgearbeitet hat, kann Russland nicht mehr existieren, ohne sich im Krieg gegen die Demokratien zu befinden. Er bedroht die baltischen Staaten, Polen und Finnland. Seit mehr als zehn Jahren zeigt das russische Fernsehen ein Foto der Einnahme Berlins durch die sowjetische Armee, mit dem Spruch: „Wir können es noch einmal tun“. Jeder Gegner der imperialistischen Politik Putins wird als „russophob“ oder „Neonazi“ bezeichnet. Wladimir Putin, ein Strategie, der langfristig denkt, bereitet die Fortsetzung seiner Absichten vor: Wird es sich dabei um die Destabilisierung eines NATO-Mitglieds, eine Kampfhandlung in der Ostsee oder eine „Spezialoperation“ in einem weiteren europäischen Land handeln? Das weiß niemand. Sicher aber ist, dass der Krieg im Kopf des russischen Präsidenten, der selbst nie gedient hat, zum Kern seines Denkens und Handelns geworden scheint.

Eine beunruhigende Stille

In letzter Zeit hält sich Wladimir Putin zurück. Er lässt gerne Donald Trump gestikulieren, angreifen und den Zusammenhalt, die Macht und die Glaubwürdigkeit der demokratischen Welt zerstören. Während der US-Präsident die Welt durch seine politischen und

militärischen Abenteuer in Erschütterung versetzt, führt der Kreml seine zerstörerische Aufgabe in der Ukraine fort. Er wartet darauf, dass europäische Länder von Kräften regiert werden, die ihm zugeneigt sind und ihm die Fortsetzung seines Werks ermöglichen: die Ausweitung der russischen und chinesischen Dominanz auf den Trümmern geschwächter Demokratien.

Gegenüber den USA, die im Chaos zu versinken drohen, und einem Europa im Spannungszustand hat er mehrere Trümpfe in der Hand. Er hat sein Land umfangreich wiederbewaffnet. Er versucht die Bevölkerung auf einen existenziellen Krieg gegen die Europäer vorzubereiten, die er als Feinde darstellt. Ganz so, wie es seine Ausbildung bei der politischen Polizei ihm vermittelt hat, hält er sich weder an das Gesetz noch an Vereinbarungen und versteht den Krieg als „Spezialoperation“. Vor allem aber hat er trotz seines Alters noch Zeit vor sich. Er kam kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als

Sohn eines Mannes zur Welt, der gegen Deutschland gekämpft hat, und lebte stets im Wunschtraum des „großen vaterländischen Krieges“. Diesen Krieg hat er begonnen, in der Ukraine. Er hat nicht die Absicht, aufzuhören.



↑ Der damalige russische Präsident Boris Jelzin begrüßt den damaligen Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) Wladimir Putin vor einem Arbeitstreffen, November 1998.



Dr. Michel Eltchaninoff

ist ein französischer Professor für Philosophie. Er ist Chefredakteur des Philosophie Magazine (Frankreich) und Experte für russische Philosophie und die Analyse zeitgenössischer Ideologien. Er hat unter anderem „Dans la tête de Vladimir Poutine“ (deutsche Übersetzung erschienen bei Klett-Cotta unter dem Titel „In Putins Kopf“) und „Dans la tête de Marine Le Pen“ (Verlag Actes Sud, 2017) veröffentlicht.

Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder (übersetzt aus dem Französischen).

Eine widerstandsfähige Gesellschaft?



Zivile Verteidigung, staatliches Handeln und gesamtgesellschaftliche Resilienz

Die Bundesregierung hat viele Fortschritte im Bereich der Gesamtverteidigung gemacht. Es hapert aber an der Umsetzung neuer politischer Richtlinien, insbesondere bei der zivilen Verteidigung. Für mehr Resilienz in der Gesellschaft braucht es zudem einen Dialog mit der Bevölkerung über Prioritäten und Grenzen staatlicher Unterstützung.

— von Julia Friedrich

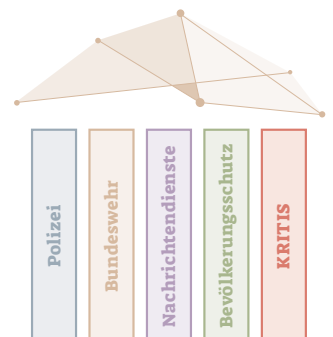
Im Zuge der Zeitenwende in Reaktion auf den umfassenden russischen Überfall auf die Ukraine 2022 haben Regierungsakteure in Deutschland tiefgreifende Maßnahmen beschlossen, um Regierungsapparat und Bevölkerung verteidigungsfähig und resilient zu machen. Wie dringlich dies ist, zeigen russische Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformationskampagnen in europäischen NATO-Staaten. Insbesondere nehmen sie dabei Deutschland als „Rückgrat“¹ der NATO ins Visier.

Deutschland widerstandsfähig zu machen, geht über die gewaltige Aufgabe, die Bundeswehr für den Verteidigungsfall bereit zu machen, hinaus: „Der Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ist nur gesamtstaatlich und im Rahmen der Gesamtverteidigung zu erfüllen.“² Teil dieser Gesamtverteidigung ist die Unterstützung der Bundeswehr durch die zivile Verteidigung. Resilienz geht aber noch darüber hinaus: als „Fähigkeit einer Gesell-

schaft ... Ereignissen zu widerstehen“ und dabei ihre „Funktionsfähigkeiten zu erhalten“³, erfordert sie neben entschlossenem Regierungshandeln auch eine gesellschaftliche Bereitschaft und Bereitstellung. Welche Maßnahmen hat die Politik bereits ergriffen, um die Gesamtverteidigung zu sichern und gesamtgesellschaftliche Resilienz zu steigern? Wo besteht weiterer Handlungsbedarf?



← Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat einen Ratgeber mit Vorsorge- und Handlungsempfehlungen für unterschiedliche Notsituationen herausgegeben.



¹ Bundesministerium der Verteidigung. Verteidigungspolitische Richtlinien für die Zeitenwende. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) 2023.

² Ibid. ³ Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2022.

Politische Fortschritte, rechtliche Lücken

Seit der „Zeitenwende“ hat sich auf politischer Ebene viel getan: eine Nationale Sicherheitsstrategie wurde 2023 veröffentlicht, im gleichen Jahr folgten neue Verteidigungspolitische Richtlinien, 2024 dann von den Bundesministerien der Verteidigung (BMVg)

und des Inneren (BMI) gemeinsam verabschiedete neue Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung. Darüber hinaus wurde der Bundessicherheitsrat erstmals zu einem Nationalen Sicherheitsrat umgebaut. Trotz Optimismus,

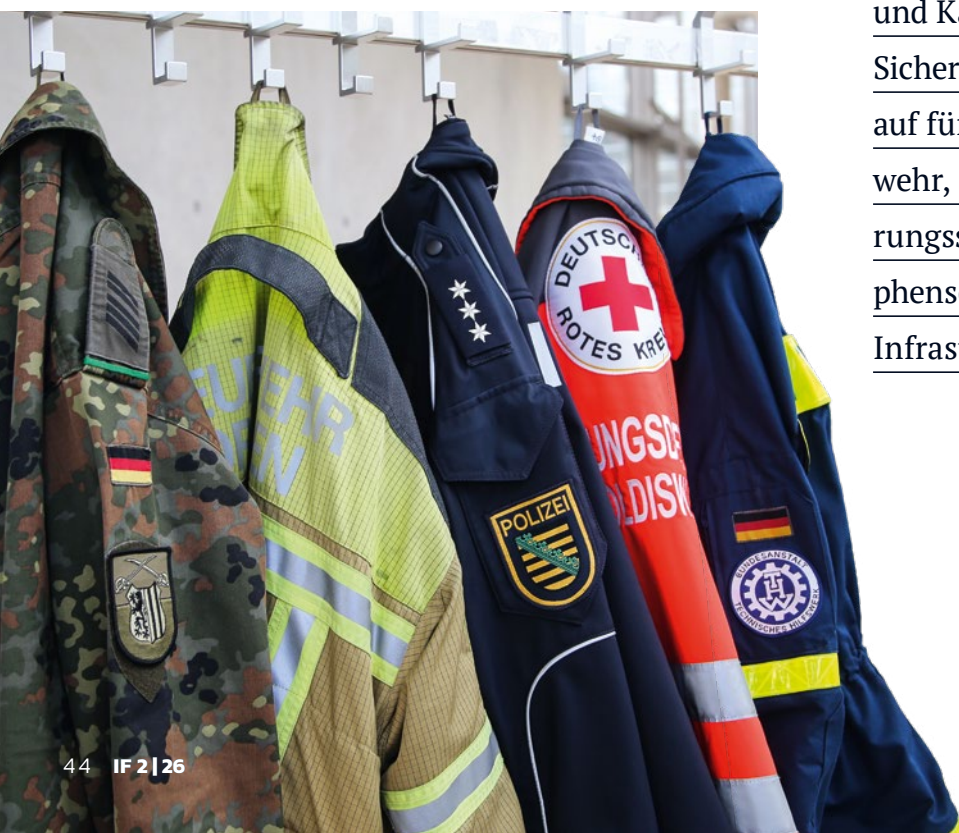
dass letzterer zu einer kohärenteren Außen- und Sicherheitspolitik beitragen kann, setzen doch „Ressortprinzip, parlamentarische Mitwirkungsrechte und Föderalismus ... Grenzen“ staatlicher Entscheidungsfindung in Deutschland.

Gesamtgesellschaftliche Sicherheitsarchitektur in Deutschland



Im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit arbeiten mit der Bundeswehr nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und das Deutsche Rote Kreuz zusammen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) stellt die Sicherheitsarchitektur in Deutschland auf fünf Säulen dar: Polizei, Bundeswehr, Nachrichtendienste, Bevölkerungsschutz (inkl. Zivil- und Katastrophenschutz) sowie Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS).



⁴ Meiertöns, Heiko. Endlich mehr Strategiefähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik: Der Nationale Sicherheitsrat im Koalitionsvertrag. Verfassungsblog 2025.

⁵ Thielbörger, Pierre. Notstandsverfassung. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

⁶ Bubendorfer-Licht, Sandra / Eckert, Leon / Hahn, André / Krings, Günter / Schäfer, Ingo. Grünbuch ZMZ 4.0: Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit (ZOES) 2025.



↑ Angehörige der Polizei und Bundeswehr üben die Zivil-Militärische Zusammenarbeit bei der Anti-Terror-Übung AlpenTEX 2023 in Füssen am 25. Juli 2023.



**Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe**

Auch rechtlich gibt es bislang noch eine wichtige Einschränkung: das Grundgesetz definiert den Verteidigungsfall (Art. 115, Angriff auf das Bundesgebiet mit Waffengewalt), durch den Bundeskanzler und Bundesregierung weit reichende Kompetenzen erlangen und Grundrechte beschränkt werden können.⁵ Weder im Verteidigungs- noch im ebenfalls im Grundgesetz erwähnten Spannungsfall geregelt ist aber der Fall hybrider Angriffe und Bedrohungen. Das überparteilich formulierte Grünbuch 2025⁶ beispielsweise fordert eine neue Rechtsnorm, denn diese rechtliche Lücke erschwert das Regierungshandeln für stärkere Resilienz. Dies betrifft insbesondere den Bevölkerungsschutz, da der Katastrophenschutz (im Friedensfall) auf Länderebene geregelt ist, während der Zivilschutz (im Verteidigungsfall) beim Bund liegt.

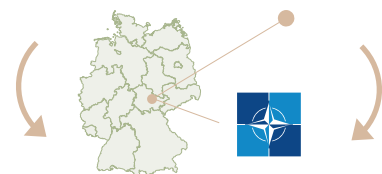
Verteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) stellt die Sicherheitsarchitektur in Deutschland auf fünf Säulen dar: Polizei, Bundes-

wehr, Nachrichtendienste, Bevölkerungsschutz (inkl. Zivil- und Katastrophenschutz) sowie Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS). Die Verteidigung ist damit eine gesamtstaatliche Aufgabe, getragen von zuständigen Behörden und Verwaltungen auf allen föderalen Ebenen und aufgeteilt in verschiedene Ressorts. Und auch eine gesamtgesellschaftliche, da Rettungsdienste, Wirtschaft und jeder Einzelne (Stichwort Selbsthilfe) ebenfalls gefragt sind.

Was in dieser Darstellung (und in der Realität) fehlt: Strukturen, die „eine Priorisierung und Entscheidungsfindung der zivilen Seite auf Bundesebene ermöglichen“.⁷ Ebenso: eine nationale Stelle, die zwischen Kommunen, Ländern und Bund und auch zwischen Ressorts auf Bundesebene koordiniert. Das BBK

leistet unverzichtbare Arbeit in diesem Bereich, doch erlaubt seine Position als nachgeordnete Behörde eines einzelnen Ministeriums es nicht, diese Funktion „bottom-up“ zu erfüllen. Insbesondere dort, wo es um die Lösung rechtlicher und bürokratischer Streitfragen geht oder darum, für mehr Tempo zu sorgen.



„Der Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ist nur gesamtstaatlich und im Rahmen der Gesamtverteidigung zu erfüllen.“

⁷ Eine regelmäßig durchgeführte Analyse basierend auf Krisenszenarien – seit 2022 schließt diese auch wieder verteidigungsrelevante Szenarien mit ein. Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse für den Zivilschutz 2025: Einsatz chemischer Kampfstoffe. Deutscher Bundestag 2026. ⁸ Selle, Per Ole / Zimmermann, Kerstin. Deutschlands gesamtstaatliche Resilienz. Strategy & 2024. ⁹ Operatives Führungskommando. Operationsplan Deutschland. bundeswehr.de. ¹⁰ Braun, Stefan / Israel, Stephan. Kriegsfall: BMI erstellt nun doch einen Plan für die Zivile Verteidigung. Table. Briefings 2026. ¹¹ Quis, Helena. Gesamtverteidigung umsetzen: Drei Handlungsfelder zur Stärkung der zivilen Seite. Heinrich-Böll-Stiftung 2026.

Operative Planung auf ziviler Seite: Fehlanzeige

Und auch die obengenannte Vielzahl an politischen Dokumenten zur Gesamtverteidigung alleine reicht nicht aus, denn diese, „definieren nicht eindeutig, wer im Krisenfall welche Maßnahmen umsetzt“.⁸ Der 2024 erstmals definierte Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) regelt diese Abläufe und Zuständigkeiten im Ernstfall für die militärische Verteidigung. Er geht auch auf die zivile Unterstützung für die Streitkräfte ein, insbesondere in Bezug auf den Host Nation Support, wenn im Rahmen der Bündnisverteidigung bis zu 800.000 NATO-Truppen und Ausrüstung innerhalb von sechs Monaten durch Deutschland als „Dreh-scheibe der NATO“⁹ verlegt werden müssen. Die operative Planung auf-seiten der militärischen Verteidigung offenbart eine Leerstelle auf ziviler Seite, wo Abläufe und Zuständigkeiten noch unzureichend geplant und geübt

sind. Ein ziviles Pendant des OPLAN DEU wollte das BMI lange nicht erstellen, Mitte April 2026¹⁰ lässt es schließlich verlauten, dass die Erstellung eines solchen Plans nun anläuft.

Vom Verlassen auf Amtshilfe zur Unterstützung der Streitkräfte

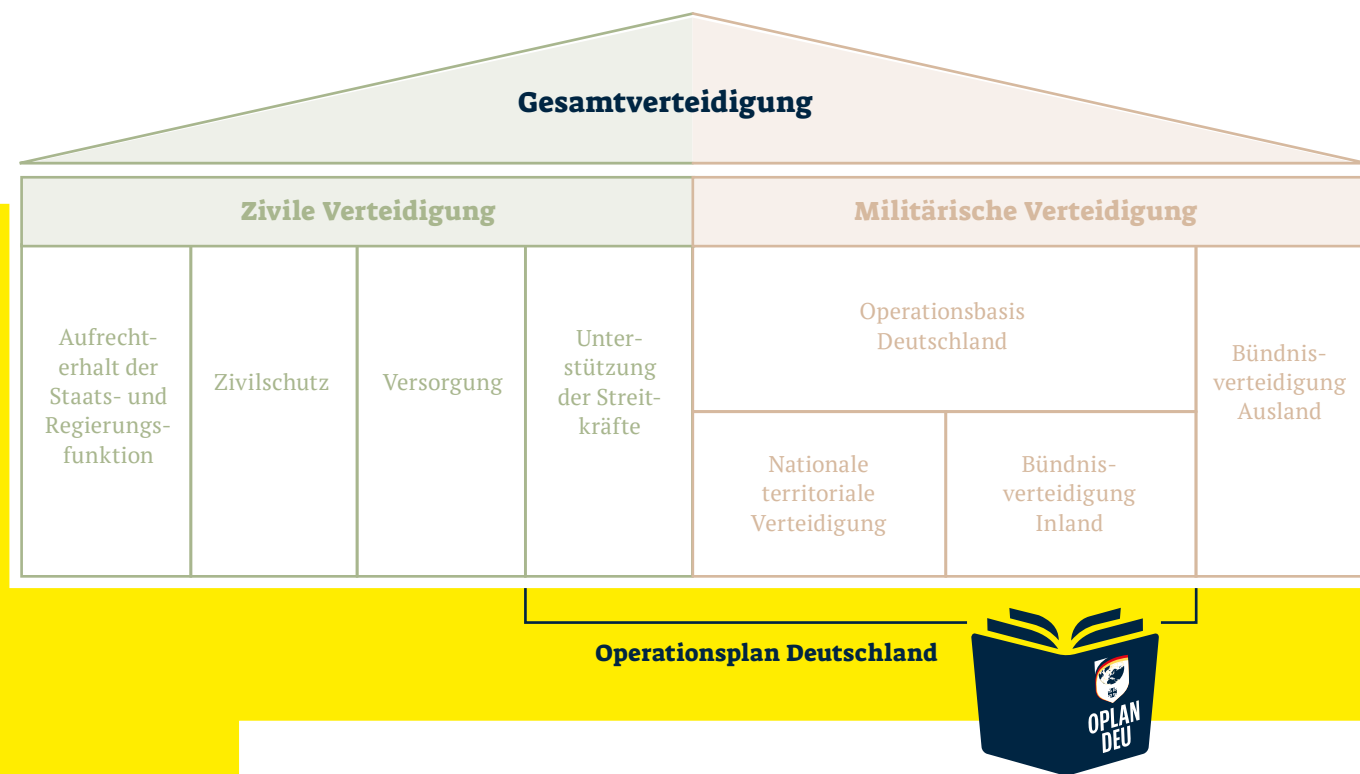
Eine „kohärente zivile Gesamtplanung“¹¹ ist wichtig, um die zivilen Aufgaben im Ernstfall zu regeln und dafür vorzusorgen, dass die Bundeswehr bei den Aufgaben des Zivilschutzes keine Amtshilfe leisten kann (wie in der Vergangenheit beispielsweise im Ahrtal 2021), wenn sie mit Landes- oder Bündnisverteidigung beschäftigt ist.

Außerdem reicht es nicht, diese Zuständigkeiten formal aufzuschreiben: „Hohheitliche Aufgaben, wie der Schutz und die Warnung der Bevölkerung müssen ... eingespielt sein“.¹² Das bedeutet: Planung im Detail, Ausbildung und regelmäßige Übungen. Dafür sind insbesondere das BMI, aber auch Länder und Kommunen gefragt, auf gelungenen Initiativen aufzubauen und der zivilen Verteidigung insgesamt höhere Priorität einzuräumen.

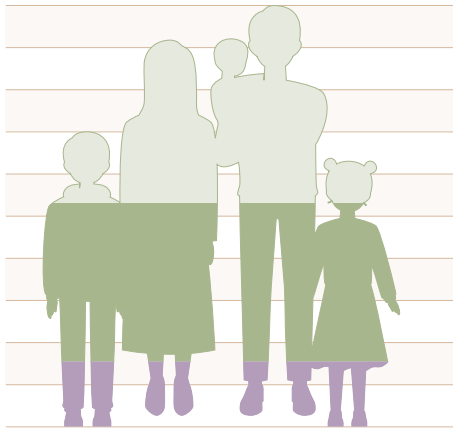
Selbsthilfe als zentraler Baustein für Resilienz

Gesamtgesellschaftliche Resilienz wird noch durch einen weiteren, vielleicht

Gesamtgesellschaftliche Resilienz wird noch durch einen weiteren, vielleicht den wichtigsten Baustein bedingt: die Bevölkerung.



¹² Lange, Philipp. Noch nicht Krieg, aber auch nicht Frieden: Drei Impulse für die nationale Wehrhaftigkeit und Resilienz. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) 2025. ¹³ Lacher, Sophie / Rohs, Matthias / Großmann, Jonas / Fliegenger, Luca. Wissen, Vorräte, Kompetenzen: Wie gut ist die Bevölkerung auf Katastrophen vorbereitet? Bevölkerungsschutz Nr.1/2025. Lacher.



54%

haben sich noch nicht mit der Frage der privaten Notfallvorsorge beschäftigt.

37%

davon halten es für unwahrscheinlich, dass ihr Wohnort von Katastrophen betroffen sein würde.

Quelle: Umfrage des BBK

den wichtigsten Baustein bedingt: die Bevölkerung. Eine gesellschaftliche Debatte über die Verantwortung der und des Einzelnen fehlt bislang. Dabei heißt es im Gesetz über den Zivilschutz, dass „behördliche Maßnahmen“ die Selbsthilfe der Bevölkerung „ergänzen“. ¹³ Wofür kann der Staat im Ernstfall sorgen – und wo sind die Bürger und Bürgerinnen zur Selbsthilfe verpflichtet und ermächtigt?

Ein typisches Beispiel für die Selbsthilfe ist die private Notfallvorsorge. Eine Umfrage des BBK offenbart, dass mehr als die Hälfte der Befragten (54%) sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt hat. Von diesen 54% halten es 37% für unwahrscheinlich, dass ihr Wohnort von Katastrophenereignissen betroffen sein würde. ¹⁴ Diese Einschät-

zung blendet nicht nur Risiken aus – sie zeigt auch, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung im Zweifelsfall auf den Staat verlässt.

Von gesamtstaatlicher zu gesamtgesellschaftlicher Resilienz

Hier muss die Politik ansetzen. Das BBK hat durch eine überarbeitete Broschüre zur Vorsorge ¹⁵ einen Anfang gemacht. Anstatt aber nur Informationen und Warnungen an die Bevölkerung über die Grenzen staatlichen Handelns und die Befähigung zur Selbsthilfe heranzutragen, sollte die Regierung mit Bürger und Bürgerinnen in den Dialog dazu treten. ¹⁶ Die große Zahl an Ehrenamtlichen, auf denen sich Notfalldienste wie die Feuerwehr stützen, zeigt, dass es nicht an Handlungsbereitschaft in der Bevölkerung mangelt. Der Regierung

muss es nun gelingen, dieses Engagement für die gesamtgesellschaftliche Verteidigung mobilzumachen. Dadurch können Bürger und Bürgerinnen Selbstwirksamkeit im Angesicht einer stets realer werdenden Bedrohung erfahren ¹⁷ – und resilienter werden.



Julia Friedrich

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Dort forscht sie zu den Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Von 2022 bis 2023 war sie für die EU-Beratungsmission in Kyjiw tätig. Sie gibt hier ihre persönliche Auffassung wieder.

¹⁴ Sophie et al. Wissen, Vorräte, Kompetenzen. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen. ¹⁵ Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2025.

¹⁶ Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse für den Zivilschutz 2025. ¹⁷ Quis, Helena. Gesamtverteidigung umsetzen.

Moldau

Russische Einflussnahme und Widerstand



In der Republik Moldau im Südosten Europas ist die Bedrohung durch Russland sehr real. Viele befürchteten in den ersten Monaten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die russische Armee könnte im Süden der Ukraine bis zum prorussischen De-facto-Staat Transnistrien vorrücken und von dort aus Moldau einnehmen. Glücklicherweise trat dieses Szenario nicht ein, doch der Kreml führt weiterhin einen intensiven hybriden Krieg. Mit Desinformation, illegalen Geldzahlungen und auch durch seinen Satelliten Transnistrien versucht Moskau, Moldau wieder näher an sich zu binden und dessen avisierten EU-Beitritt zu verhindern.

— von Yelizaveta Landenberger

Im Südosten Europas, zwischen der Ukraine und Rumänien, liegt die Republik Moldau. Der kleine Staat mit seinen 2,3 Millionen Einwohnern, der zu den ärmsten Ländern Europas zählt, steht in den letzten Jahren besonders im Fokus des Kremls.

Dieser erachtet Moldau als Teil seines Einflussbereichs und versucht, es mit seiner Einflussnahme wieder näher an sich zu binden. Bis zu seiner Unabhängigkeitserklärung in 1991 war Moldau Teil der Sowjetunion. Seitdem strebt das Land aber gen Westen.

Am 23. Juni 2022 hat die Republik Moldau nicht zuletzt vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen ihr Nachbarland Ukraine zeitgleich mit diesem den Status des EU-Beitrittskandidaten erhalten. Im Dezember 2023 beschloss der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, welche im Juni 2024 offiziell eröffnet wurden. Im Einklang mit diesem Westkurs hat das Parlament in der moldauischen Hauptstadt Chişinău Anfang April dieses Jahres dafür gestimmt, aus dem von Russland dominierten Staatenbündnis GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) auszutreten.

Foto: picture alliance/AFP



Mit einer spontanen Freuden-
kundgebung feiert die Be-
völkerung am 27. August 1991
in der Hauptstadt Chișinău
fahnschwenkend die neue
Unabhängigkeit.

Transnistrien und Gagausien als Unruheherde

Zwei Regionen der Republik Moldau tendieren klar Richtung Moskau: Das autonome Territorium Gagausien im Süden des Landes, in dem das Turkvolk der Gagausen beheimatet ist, sowie Transnistrien mit der Hauptstadt Tiraspol (Eigenbezeichnung: PMR, Pridnestrowische Moldawische Republik), das seit einem Krieg in 1992 de facto unabhängig von Chişinău ist. Damals unterstützte die russische Armee die transnistrischen Separatisten; es entstand ein sich bis heute an der Macht haltendes autoritäres Regime. Als Staat anerkannt wird Transnistrien lediglich von den beiden anderen prorussischen De-facto-Staaten Südossetien und Abchasien, nicht einmal von der Russischen Föderation selbst.

Während formal Präsident Wadim Krasnoselski von der einzigen aktiven Partei Transnistriens namens „Erneuerung“ das Sagen hat, ist in Wahrheit ein einflussreicher Oligarch der Drahtzieher: der Unternehmer Victor Guşan. Sein Unternehmen „Sheriff“ ist nicht nur im Besitz aller Tankstellen, Supermärkte, Fabriken und einer Kaviar-Farm sowie des erfolgreichen Fußballclubs „Sheriff Tiraspol“ und anderer Zweige der Wirtschaft, sondern bestimmt auch die Politik: In Tiraspol werden keine Entscheidungen gegen die Interessen Guşans getroffen.

Gleichzeitig gibt der Kreml den Ton an. In Transnistrien sind illegalerweise immer noch russische Truppen stationiert. Laut einer Quelle aus moldawischen Regierungskreisen



↑ Idyllisch gelegen: das Höhlenkloster von Butuceni im Orhei-Nationalpark.

917

Tage war Moldau zwischen 2009 und 2012 ohne ein gewähltes Staatsoberhaupt.



Fläche
Republik Moldau
33.843 km²



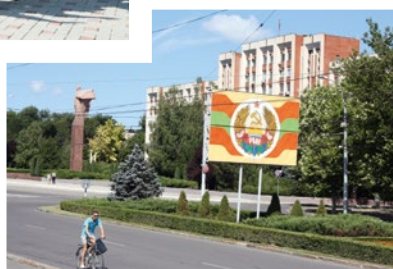
Bundesrepublik Deutschland
357.680 km²

beträgt die Truppenstärke derzeit etwa 1.500 Mann. 90 Prozent der russischen Armeeangehörigen sollen aus der transnistrischen Bevölkerung rekrutiert worden sein und nur zehn Prozent aus Russland selbst stammen. Eine Rotation der Truppen verbietet Chişinău, ebenso wie die Einfuhr von Militärtechnik, wodurch diese stark

veraltet ist. Derzeit leben schätzungsweise 350.000 Menschen in Transnistrien. Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat sich die Bevölkerung dort halbiert und nimmt infolge des Kriegs in der benachbarten Ukraine und der mit ihm verbundenen Krisen weiter ab, da die Situation dort immer auswegloser scheint: Es gibt keine Zukunftsperspektive. Das Leben unter einem autoritären Regime plus der Krieg im Nachbarland – der sich womöglich ausweiten könnte. Die Menschen haben Angst, in den Krieg hineingezogen zu werden. Daran besteht trotz der prorussischen Gesamtstimmung kein Interesse.



↑ Gagausische Kinder führen anlässlich der Einweihung eines Kulturzentrums in Comrat im Beisein des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und der früheren Gouverneurin Gagausiens, Irina Vlah, einen Tanz auf.



← Weiterhin geschmückt mit den sowjetischen Symbolen Hammer, Sichel und Ährenkranz im transnistrischen Wappen: die Hauptstraße in Tiraspol mit dem großen Lenin-Denkmal vor dem Haus des Obersten Sowjets.

Republik Moldau



Hauptstadt
Chişinău

Regierungsform
parlamentarische
Republik

Staatsoberhaupt
Präsidentin Maia Sandu

Regierungschef
Ministerpräsident
Alexandru Munteanu

Unabhängigkeit
27. August 1991

Einwohnerzahl
2,3 Millionen (2026)
ohne Transnistrien

Transnistrien

Chişinău

Gagausien

Russland

Ukraine

Rumänien

Schwarzes Meer

Zwischen dem autonomen Territorium Gagausien mit der Hauptstadt Comrat und Moldau kam es trotz separatistischer Tendenzen und starker gagausischer Sympathien für Moskau anders als im Falle Transnistriens nie zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Bei den vergangenen moldauischen Parlamentswahlen im Herbst 2025 gaben in Gagausien 82,4 Prozent der Wähler ihre Stimme dem prorussischen Patriotischen Block, der klare Verbindungen zu Moskau hat. Nur 3,2 Prozent stimmten für die von der moldauischen Präsidentin Maia Sandu gegründeten proeuropäischen Partei PAS. Im Vergleich: Insgesamt stimmten 50,2 Prozent aller moldauischen Wähler für die PAS und nur 24,2 Prozent für den Patriotischen Block.

Wie die russische Propaganda vorgeht

Schon vor der Großinvasion in die Ukraine verfolgte der Kreml das Ziel, die Republik Moldau unter verstärkte russische Kontrolle zu bringen, ähnlich zu Belarus. Das Vorhaben wurde publik, als ein internationaler Rechercheverbund, an dem neben dem WDR und dem ukrainischen Online-Medium Kyiv Independent unter anderem auch moldauische Investigativ-Journalisten des Portals Rise Moldova beteiligt waren, im Frühjahr 2023 ein Dokument aus dem russischen Präsidialamt leakte. Überschriften mit dem Titel „Strategische Ziele der Russischen Föderation in der Republik Moldau“ listet das 2021 verfasste Do-

kument Ziele in den Bereichen Militär/Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf. Hauptanliegen sei es demnach, die Republik Moldau bis 2030 unter russische Kontrolle zu bringen. Unter anderem solle eine ablehnende Haltung gegen die NATO und die EU erzeugt werden bei gleichzeitiger Annäherung an Russland, etwa durch die Stärkung der orthodoxen Kirche und der russischen Sprache.

Rumänisch ist die einzige Amtssprache Moldaus, doch das Russische ist immer noch weit verbreitet. Insbesondere in Transnistrien und Gagausien dominiert es, wo viele moldauische Bürger kaum Rumänisch beherrschen, was ihre Integration in die moldauische Gesellschaft erschwert. Die Propaganda des Kremls

kann den Frust dieser Menschen ausnutzen. Weit verbreitet ist etwa das Narrativ von den vermeintlichen rumänischen Nationalisten, analog zu demjenigen von den „ukrainischen Nazis“, die laut der Propaganda die russischsprachige Bevölkerung unterdrücken.

Die moldauische Gesellschaft ist gespalten zwischen denjenigen, die sich eine Zukunft ihres Landes in der EU vorstellen, und denjenigen, die in Nostalgie für die Sowjetunion schwelgend Richtung Russland blicken. Während der vergangenen Wahlen siegte stets das proeuropäische Lager, teils jedoch sehr knapp. Beim Referendum über die Festschreibung des EU-Beitritts in die Verfassung im Herbst 2024 fiel die Entscheidung nur dank der Stimmen der im Ausland lebenden Moldauer hauchdünn dafür aus.

Der russische Angriffskrieg als Weckruf

Als russische Truppen am 24. Februar 2022 die Ukraine überfielen, war die Angst im Nachbarland Moldau groß,

Beim Referendum über die Festschreibung des EU-Beitritts in die Verfassung im Herbst 2024 fiel die Entscheidung nur dank der Stimmen der im Ausland lebenden Moldauer knapp dafür aus.

das seit den Neunzigern zwar Partner der NATO, aber kein Mitglied ist. Die Streitkräfte des kleinen Staates selbst sind vergleichsweise schwach, sodass ein weiteres Vorrücken der russischen Truppen im ukrainischen Süden bis in die Region Odessa und von dort bis nach Transnistrien eine ernsthafte Gefahr einer Einnahme durch Russland bedeutet hätte. Plötzlich schien der

Krieg für die Bürger Moldaus sehr nah und real, Erinnerungen an den Transnistrienkrieg 1992 mit russischer Beteiligung wurden wach. Die Gefahr schien vorerst gebannt, als im Spätsommer des ersten Kriegsjahres die ukrainische Armee ihre große Gegenoffensive gegen die russischen Streitkräfte startete.

Das bedeutet aber nicht, dass der Kreml von Moldau ablässt, im Gegenteil: Er hat seitdem seinen hybriden Krieg intensiviert. Der kriminelle prorussische Oligarch und Politiker Ilan Șor, der 2019 vor den moldauischen Strafverfolgungsbehörden nach Israel flüchtete und inzwischen in Russland lebt, orchestrierte vom Ausland aus verschiedene prorussische Kräfte in Moldau, unter anderem die nach ihm selbst benannte prorussische Șor-Partei, die im Sommer 2023 verboten wurde. Er organisierte bezahlte Proteste gegen den proeuropäischen Regierungskurs und leitete Zahlungen aus Russland an Menschen in Moldau in die Wege: für die Teilnahme an Protesten, für ihr Wahlverhalten, für das Verbreiten von Desinformation. Șor eröffnete in Gagausien gar einen Gratis-Freizeitpark, um

Bundeskanzler Friedrich Merz umarmt Maia Sandu, Präsidentin der Republik Moldau, nach seiner Rede anlässlich der Feierlichkeiten rund um den 34. Unabhängigkeitstag der früheren Sowjetrepublik am 27. August 2025 in Chișinău.

→





← Prorussische Kundgebungen um den ehemaligen moldauischen Präsidenten Igor Dodon (2016 bis 2020 im Amt) und den Politiker Vasile Tarlev, moldauischer Premierminister von 2001 bis 2008.

2030

die Herzen der Menschen für sich zu gewinnen. Seit Ende 2025 scheint er sich, nach mehreren Niederlagen, öffentlich zunehmend von seinen Einflussaktivitäten in der Republik Moldau zurückzuziehen. Es ist unklar, ob das wirklich einen langfristigen Strategiewechsel impliziert oder ob es sich um eine falsche Fährte handelt. Die moldauische Präsidentin Maia Sandu sagte, sie glaube nicht, dass Moskau seine Haltung gegenüber Moldau ändern werde.

Undercover-Recherchen deckten russische Netzwerke auf

Fälle der russischen Einflussnahme mit unlauteren Mitteln wurden von moldauischen und internationalen Medien ausgiebig dokumentiert. So veröffentlichte die moldauische Zeitung Ziarul de Gardă im Herbst 2024, kurz vor der Präsidentschaftswahl und dem Referendum, eine Videorecherche mit versteckter Kamera. Eine Journalistin hatte sich undercover Zutritt zu Șors Gruppen verschafft. Ihr und anderen „Aktivisten“ wurden 3.000 moldauische Lei (150 Euro) monatlich gezahlt und weitere 3.000 Lei in Aussicht gestellt, wenn sie Aufgaben wie das Anwerben

neuer Mitglieder erfüllten. Vor den Wahlen im vergangenen Jahr deckte unter anderem eine Undercover-Reporterin der BBC ein von Russland finanziertes Netzwerk auf, das seinen Teilnehmern Geld für die Verbreitung prorussischer Propaganda versprach. Demnach wurden die Menschen auch dafür bezahlt, eine verfälschte Umfrage zu generieren, die dann dazu dienen konnte, das tatsächliche Wahlergebnis in Frage zu stellen.

Die Justiz griff in einigen Fällen durch. Die prominentesten waren die Verurteilung des kriminellen Oligarchen Vladimir Plahotniuc, der einst das ganze Land in seinem Würgegriff hielt, zu 19 Jahren Haft am 22. April dieses Jahres sowie die Verurteilung der Gouverneurin von Gagausion Evghenia

 soll Moldau Teil der Europäischen Union sein – ein Ziel, das der Kreml als direkte Bedrohung betrachtet.

Guțul zu sieben Jahren Haft wegen illegaler Finanzierung der Șor-Partei im vergangenen August. Von 2019 bis 2022 soll sie als deren Sekretärin Geldsummen in Höhe von 42 Millionen Lei (rund 2,1 Millionen Euro) aus Russland in die Republik Moldau geschleust haben. Das Gericht sah es ebenfalls als erwiesen an, dass Guțul Listen über die Bezahlung von Teilnehmern an Anti-regierungsprotesten geführt hat.

Gegen die Einflussnahme des Kremls

Der von Chișinău für das Jahr 2030 avisierte EU-Beitritt steht den Zielen des Kremls diametral entgegen. Die EU investiert in Moldau: Mit EU-Geldern wurden die Infrastruktur erneuert, Kulturstätten in Stand gesetzt und aufgrund des EU-Beitrittsziels Reformen angestoßen. Als ziemlich junge Demo-

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 rief die russischsprachige Region Transnistrien eine eigene, bis heute nicht anerkannte Republik aus. 1992 eskalierte der Konflikt: Moldauische Truppen kämpften gegen Separatisten, die von der russischen 14. Armee unterstützt wurden.

kratie hat Moldau zwar immer noch mit zahlreichen Problemen wie Korruption zu kämpfen, doch die Perspektive einer Zukunft in der EU verheißt auch hier weitere Besserung.

In Transnistrien hat das Regime infolge des russischen Angriffskriegs seine Repressionen nach innen verstärkt, denn es fürchtet seinen Niedergang. Die Ukraine hatte ihre Grenzübergänge zu Transnistrien noch Ende Februar 2022

geschlossen. Deshalb können Waren und Personen nur noch durch den einzig verbleibenden Kanal zur Außenwelt, über Moldau, transportiert werden. Die Wirtschaft Transnistriens basierte früher auf kostenlosem Erdgas aus Russland, das über eine durch die Ukraine verlaufende Pipeline nach Transnistrien gelangte und mit dem der Kreml Tiraspol gewissermaßen subventionierte. Doch zum 1. Januar 2025, als der Transitvertrag mit der Ukraine



↑ Eine Gruppe Kosaken, die auf der Seite der transnistrischen Separatisten gegen die moldauischen Streitkräfte kämpfen, erwidern aus einem Schützengraben nahe Dubăsari heraus das Feuer, 1992.

auslief, floss kein Gas mehr, was in Transnistrien eine Energiekrise auslöste. Denn mit dem Erdgas wurde das große Kraftwerk Cuciurgan betrieben, das den Großteil der Energie Transnistriens erzeugt. Seither fließt immer wieder etwas Gas über neue Kanäle, mal aber auch keines. Es zeichnet sich ab, dass das Ende des prorussischen Regimes naht und eine Reintegration in die Republik Moldau nicht mehr fern ist, auch wenn konkrete Pläne bislang

fehlen. Wie wird es gelingen, die vielen vorwiegend russischsprachigen Menschen, die seit dreieinhalb Jahrzehnten in einem autoritären Regime leben, erfolgreich in die moldauische Gesellschaft einzubinden? Ein Mitte März 2026 an die Öffentlichkeit gelangtes auf Februar 2026 datiertes Dokument hat die Regierung in Chişinău, anders als anfänglich Medienberichte suggerierten, als Arbeitspapier abgetan, das keine offiziellen Pläne darstelle.

Eine Wiedervereinigung mit Rumänien?

Welcher Weg könnte noch in die EU führen? Für Aufruhr sorgte im Januar 2026 die Aussage der Präsidentin Maia Sandu, in einem hypothetischen Referendum über die Wiedervereinigung von Moldau mit Rumänien, die historisch betrachtet eine gemeinsame Sprache und Geschichte verbindet, mit „Ja“ stimmen zu wollen. Da es jedoch keine Mehrheit gebe, die diese Wiedervereinigung unterstützt, sei der Beitritt Moldaus zur EU ein realistischeres Ziel.

Sandu sagte: „Schauen Sie sich doch an, was in der Welt vor sich geht. Für ein kleines Land wie Moldau wird es immer schwieriger, als Demokratie und als souveräner Staat zu überleben, und sich natürlich gegen Russland zu behaupten.“ Etwa anderthalb Millionen moldauische Bürger haben schon jetzt zusätzlich die rumänische Staatsbürgerschaft, so auch Sandu selbst. In diesen unsicheren Zeiten, in denen zunehmend das Recht des Stärkeren gilt, hat sie mit ihrer Begründung nicht unrecht. Ob eine Wiedervereinigung mit Rumänien jedoch tatsächlich in den nächsten Jahren zur Abstimmung kommt, wird nicht zuletzt die weitere Entwicklung der Weltlage zeigen.

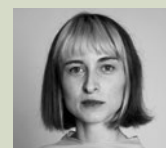


↑ Im Präsidentenpalast vor der Presse: Moldaus Staatsoberhaupt Maia Sandu.



Schauen Sie sich doch an, was in der Welt vor sich geht. Für ein kleines Land wie Moldau wird es immer schwieriger, als Demokratie und als souveräner Staat zu überleben, und sich natürlich gegen Russland zu behaupten.“

Maia Sandu



Yelizaveta Landenberger

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Slawistik und Hungarologie der Humboldt-Universität zu Berlin und als freie Journalistin tätig. Sie gibt hier ihre persönliche Auffassung wieder.



Russland und Putins Regime:



Wahrnehmung
und Wirklichkeit
in Deutschland
und Europa
(1990–2022)

↑ Seltene Aufnahme aus frühen Jahren: Der russische Präsident Wladimir Putin und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder während eines Interviews mit der „Bild“-Zeitung. In dem Gespräch würdigten Putin und Schröder das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ Deutschlands, 2005.



← Der gewählte US-Präsident George Bush (r.), der scheidende US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow am 7. Dezember 1988 auf Governor's Island (New York).

Die Fehlwahrnehmung der russischen Politik in Deutschland und Europa begann bereits vor der Ära Putin. Während die UdSSR zur Zeit des Kalten Krieges von sämtlichen Bonner Regierungen als Bedrohung für die Bundesrepublik

wahrgenommen wurde, änderte sich dies während der Herrschaft Michail Gorbatschows, der als Reformler betrachtet wurde und der gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan ab 1987 den Kalten Krieg beendete.

— von Jan Claas Behrends

Die sowjetische Zustimmung zur deutschen Einheit 1990 verfestigte das neue, positivere Image des Kreml in Deutschland – Moskau wurde jetzt nicht als akute Bedrohung, sondern „nur noch“ als Quelle der Unsicherheit gesehen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und das oft unberechenbare Auftreten des russischen Präsidenten Boris Jelzin verstetigten diese Wahrnehmung. Auch aus diesem Grund wurde der Aufstieg Wladimir Putins zum russischen Präsidenten 1999/2000 anfangs durchaus positiv gesehen. Die deutsche Politik und große Teile der Öffentlichkeit sahen Putin weniger als früheren Oberstleutnant des KGB denn als jungen und dynamischen Politiker, der den altersschwachen und alkoholkranken Jelzin ersetzte. Putin, so die Hoffnung dieser ersten Jahre, würde die Westintegration und Demokratisierung Russlands fortsetzen und zugleich ein Stabilitätsanker sein.

Tatsächlich hatte Russland bereits vor der Machtübernahme Putins den Reformkurs Gorbatschows verlassen. Michail Gorbatschow hatte auf politische und wirtschaftliche Reformen, auf eine Pluralisierung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft „von oben“ gesetzt. Doch auch sein Reformprogramm hatte deutliche Lücken: Unter Gorbatschow wurden weder die Armee noch die Geheimpolizei strukturell reformiert. Beide Säulen des sowjetischen Unterdrückungsapparats blieben erhalten. 1993 wurde zudem eine akute Verfassungskrise – ein Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament – mit militärischer Gewalt in Moskau ausgefochten. Panzer setzten das Primat des Präsidenten durch. Die neue Verfassung ebnete dann bereits den Weg zurück zur Autokratie.

Zahlreiche Kriegsverbrechen im Tschetschenien-Krieg: Kultur des Wegsehens

Noch dramatischer waren die Auswirkungen des Krieges gegen Separatisten in der südlichen Republik Tschetschenien,

der Ende 1994 begann. Die russische Führung um Boris Jelzin hatte mit einem schnellen russischen Sieg gegen die Aufständischen gerechnet. Tatsächlich wurden die schlecht ausgerüsteten russischen Wehrpflichtigen jedoch zunächst von den tschetschenischen Freischärlern geschlagen. Während des Krieges im Kaukasus waren die russischen Truppen für ihr brutales Vorgehen berüchtigt. Sie verübten zahlreiche Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung. Russische Einheiten zerstörten die tschetschenische Hauptstadt Grosny, vergewaltigten und plünderten und nahmen zahlreiche Geiseln.

Zum ersten Mal seit der Schreckensherrschaft Stalins kam es somit wieder zu Massengewalt gegen Zivilisten durch den russischen Staat. Tausende Tote und zehntausende Vertriebene waren zu beklagen. Erstaunlich blieb die verhaltene Reaktion des Westens, auch Deutschlands. Die Loyalität zum vermeintlichen Demokraten Boris Jelzin wog schwerer als die Verbrechen der russischen Armee im Kaukasus. Damals entstand eine Kultur

des Wegsehens, der selektiven Wahrnehmung gegenüber Russland, die auch die ersten Jahrzehnte der Herrschaft Wladimir Putins prägen sollte.

Zu Beginn seiner Herrschaft verfügte Wladimir Putin durchaus über einige Eigenschaften, die ihn in Deutschland in einem positiven Licht erscheinen ließen. Dazu zählten seine Jugend, Gesundheit und auch seine Kenntnis der deutschen Sprache. Dass er als KGB-Agent in der DDR gedient hatte, schadete ihm nicht und wie bei seinem Vorgänger sah der Großteil der deutschen Politik und Öffentlichkeit über die Kriegsverbrechen in Tschetschenien hinweg, die er alsbald zu verantworten hatte. Im deutschen Kanzler Gerhard Schröder fand er erst einen Partner, dann einen Freund und schließlich – nach dessen Ausscheiden aus dem Amt – einen Angestellten russischer Staatskonzerne. Nachdem sich die deutsche Außenpolitik unter Helmut Kohl durchaus auch für Polen und – mit Abstrichen – auch für die Ukraine eingesetzt hatte, setzten seine Nachfolger Schröder und

Angela Merkel auf enge Beziehungen zum Kreml.

Höhepunkt der Popularität Putins in Deutschland: Rede im Bundestag

Einen frühen Höhepunkt erreichte die Popularität Putins in Deutschland durch seine auf Deutsch gehaltene Rede im Deutschen Bundestag am 25. September 2001, die fraktionsübergreifend positiv aufgenommen wurde. Putin sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau aus, tadelte jedoch das mangelnde Vertrauen in Russland und den Fortbestand der NATO. Erst im Nachgang wurde angemerkt, dass zahlreiche Beobachter die Rede und Putins Politik nicht kritisch sehen wollten. Im Gegenteil bestand nun die Tendenz, eine Linie von Gorbatschow zu Putin zu ziehen, obwohl der neue russische Herrscher innenpolitisch – insbesondere gegenüber unabhängigen Medien – bereits autokratisch agierte. Bereits in seiner ersten Amtszeit etablierte Putin die Kontrolle über das Fernsehen und ging gegen kritische Oligarchen vor. Die Verhaftung des Öl-Tycoons Michail Chodorkowskij im Oktober 2003 war ein

↓ Boris Jelzin kurz vor Stimmabgabe
anlässlich der Parlamentswahl 1989.



deutliches Signal an die wirtschaftliche Elite: in Zukunft gab es Reichtum nur gegen Loyalität.

Die deutsche Öffentlichkeit blendete die autokratische innere Entwicklung Russlands lange aus. Russland wurde primär als ein Ort der wirtschaftlichen Chancen wahrgenommen. Doch zugleich entwickelte sich Moskau zu Beginn der 2000er Jahre auch zu einer geopolitischen Alternative. Aus Verärgerung über den Irak-Krieg von US-Präsident George W. Bush schloss sich Gerhard Schröders Regierung einer vermeintlichen Achse Paris-Berlin-Moskau an, die diesen Krieg ablehnte. Diese enge Zusammenarbeit mit dem Kreml wurde in den folgenden Jahren noch intensiviert. Die bedeutendsten bilateralen Projekte waren die Nord-Stream-Pipelines, die russisches Gas durch die Ostsee nach Deutschland transportieren würden. Gerhard Schröder und seine Nachfolgerin Angela Merkel blieben bis 2022 überzeugte Unterstützer des Nord-Stream-Projektes. Beide vertraten gegenüber der Öffentlichkeit die Position, es handele sich um ein privatwirtschaftliches Projekt.

Nord Stream: Deutsch-russische Energiepartnerschaft mit Folgen

Tatsächlich wurden die Nord-Stream-Pipelines jedoch massiv durch die damaligen Bundesregierungen und die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns unterstützt und gegen rechtliche und strategische Einwände der Nachbarstaaten, der EU-Institutionen und der USA verteidigt; die geopolitischen Implikationen von Nord Stream wurden weitgehend ausgeblendet. Nicht nur die Ukraine, sondern auch zahlreiche Experten und Expertinnen außerhalb des Landes warnten von Beginn an, dass es das Ziel Russlands sei, den Gastransit durch die Ukraine zu umgehen und somit in seiner aggressiven Ukraine-



↑ Viel beachtet: die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 25. September 2001 während einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages in Berlin.

politik freie Hand zu bekommen. Weder Schröder noch Merkel haben diese Bedenken ernst genommen; im Gegenteil – sie blieben prominente Verteidiger der deutsch-russischen Energiepartnerschaft. Auch als Russland immer wieder die Lieferung von Gas nach Ost- und Ostmitteleuropa aus politischen Gründen unterbrach, war man sich in Berlin sicher, einen zuverlässigen Partner gewonnen zu haben. Der Glaube an eine

Einen frühen Höhepunkt erreichte die Popularität Putins in Deutschland durch seine auf Deutsch gehaltene Rede im Deutschen Bundestag am 25. September 2001.

„Sonderbeziehung“ zwischen Berlin und Moskau zerstreute alle Zweifel.

Nach dem Intermezzo der Medwedew-Präsidentschaft (2008–2012), bei dem Putin im Hintergrund die Fäden zog, radikalisierte sich das russische Regime mit den Fälschungen der Duma-Wahlen und der Rückkehr Putins an die Macht. Bereits 2008 führte Moskau außerdem Krieg gegen Georgien – ohne spürbare Konsequenzen. Somit gab es bereits vor dem Angriff auf die Ukraine schwerwiegende Gründe, die deutsche und europäische Russlandpolitik

Gerhard Schröder und seine Nachfolgerin Angela Merkel blieben bis 2022 überzeugte Unterstützer des Nord-Stream-Projektes.



← Bis zum Jahresende 2009 wurden etwa 13.000 Rohrsegmente für die geplante deutsch-russische Ostseepipeline „Nord Stream“ ins schwedische Zwischenlager Karlskrona von der Insel Rügen aus verschifft.



↑ Der russische Präsident Wladimir Putin gedenkt am 16. Juni 2000 am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow der während des Zweiten Weltkrieges getöteten Soldaten der Roten Armee.

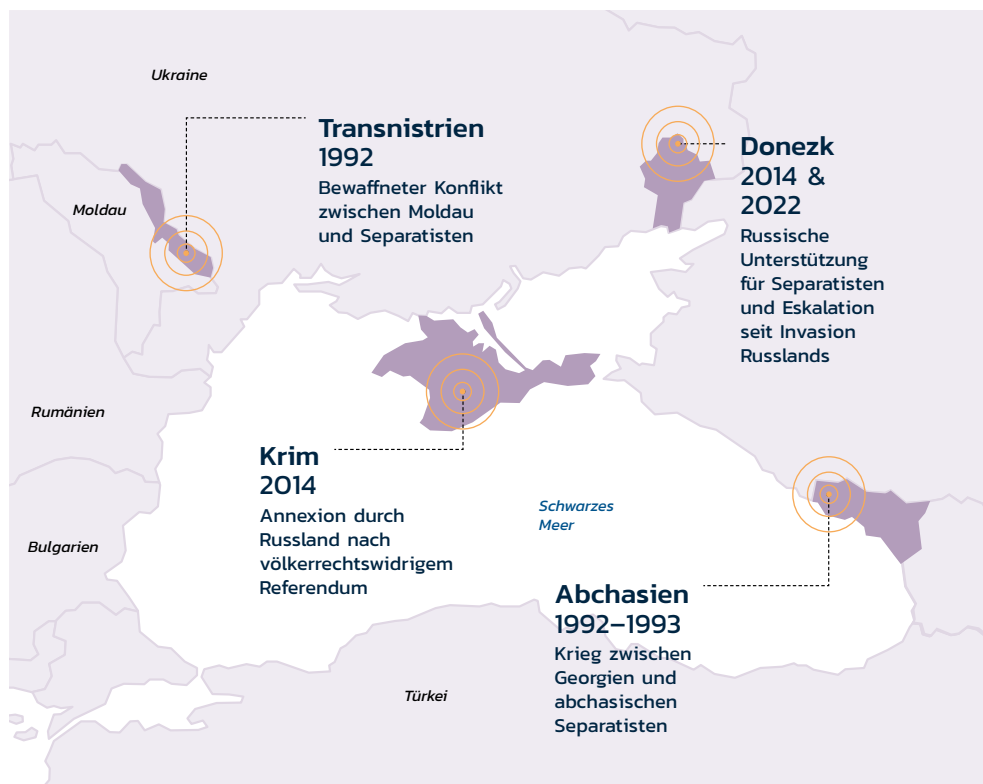
als seine hegemonialen und revan- chistischen Bestrebungen. Damit saß Berlin einem Irrtum auf.

Russland: Weg vom auto- ritären System zur Auto- kratie Putins bereits vor Angriff 2014

Es gab bereits vor dem russi- schen Angriff auf die Ukraine im Frühjahr 2014 zahlreiche Warnsi- gnale. Dazu gehörten Putins ag- gressive Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, in der er seine Gegnerschaft zum Westen offen erklärte, der erwähnte Krieg

gegen Georgien und schließlich die Nie- derschlagung der Proteste in Russland in den Jahren 2011 und 2012. Informier- te Experten und Expertinnen erkannten zu dieser Zeit: Russland befindet sich auf dem Weg vom autoritären System zur Autokratie Putins. Es wäre an der Zeit gewesen, den Kurs in der Russland- politik grundlegend zu ändern. Doch in Berlin gab es nur wenige Mahner, unter ihnen der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, der sich durch einen klaren Blick auf Moskau auszeichnete. Das Auswärtige Amt und das Kanzler- amt hingegen setzten weiterhin nicht nur auf stabile Beziehungen, sondern

zu überdenken. Doch Deutschland hielt an der vom damaligen Außen- minister Frank-Walter Steinmeier entwickelten Doktrin einer „Moder- nisierungspartnerschaft“ zwischen Russland und Deutschland unbeirrt fest. Die autoritären Entwicklungen in Russland wurden weitgehend igno- riert. Im Umgang mit Russland über- wogen stets die ökonomischen Inter- essen, der Handel, die wirtschaftliche Verflechtung. Die Regierungen Schröder und Merkel weigerten sich, die Beziehungen zu Moskau – ange- sichts der russischen Aggressionen im postsowjetischen Raum – unter sicherheits- und geopolitischen As-pekten neu zu bewerten. Es überwog die Vorstellung, dass Russland selbst auch die wirtschaftliche Nähe zu Deutschland höher bewerten würde



Konflikte im postsowjetischen Raum

sogar auf einen kontinuierlichen Ausbau der Verflechtungen bis hinein in den sicherheitspolitischen Bereich. Der Blick auf vermeintliche wirtschaftliche Vorteile verhinderte eine klare Analyse des Putin-Regimes, das sich jedes Jahr weiter radikalisierte und zur akuten Bedrohung für die Friedensordnung in Europa entwickelte.

Die deutschen Regierungen blieben auch nach 2011 davon überzeugt, dass die imperiale Rhetorik aus Russland keine reale Bedrohung für Europa darstelle. Es galt weiter das Mantra, die Partnerschaft mit Russland stelle den



↑ Demonstration in den Straßen von Kyjiw 2013, nachdem der Misstrauensantrag der ukrainischen Opposition gegen Regierungschef Nikolai Asarow gescheitert war.



Weg zu Stabilität in Europa dar. An eine Eindämmung oder Abschreckung Moskaus wurde zu dieser Zeit kein Gedanke verschwendet, im Gegenteil: Die Bundeswehr und andere europäische Armeen wurden weiterhin kleingespart und verloren noch kurz vor dem Ausbruch der Aggression gegen die Ukraine weiter entscheidende Fähigkeiten. Währenddessen rüstete Putins Russland seine Streitkräfte kontinuierlich auf, eine Entwicklung, die in Ostmitteleuropa und im Baltikum zunehmend Besorgnis auslöste. Doch die selektive Wahrnehmung Berlins blendete diese Entwicklung aus. Die deutschen Regierungen erkannten nicht, dass Russland nicht mehr an Stabilität interessiert war, sondern sich als revisionistische Macht positionierte, die die politische Ordnung von 1989/91 auch mit militärischer Macht aus den Angeln heben wollte.

Zu keinem Zeitpunkt von Russlands Eliten akzeptiert: Souveränität der Ukraine

Ferner erkannten die Regierungen Merzels nicht die geopolitische Bedeutung der Ukraine für den Kreml. Bereits seit den 1990er Jahren versuchte Moskau, verstärkt Einfluss auf die ukrainische Innenpolitik zu nehmen. Die Souveränität der Ukraine haben die russischen Eliten zu keinem Zeitpunkt akzeptiert;

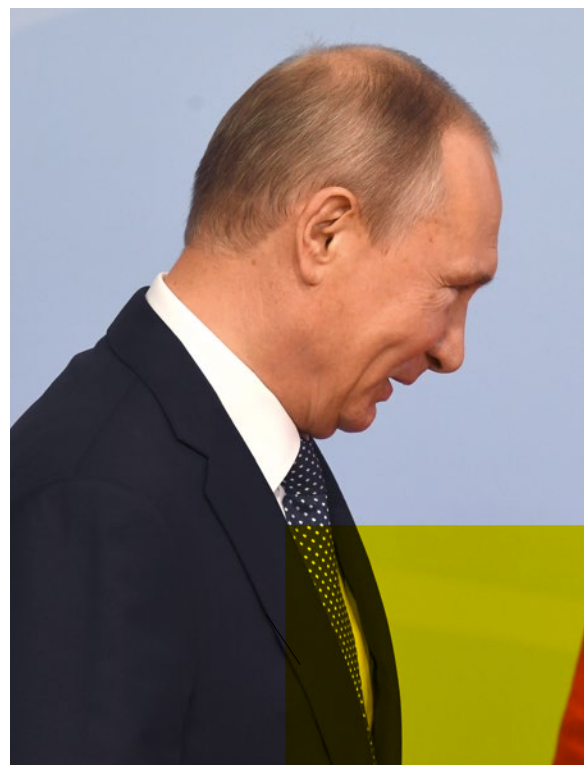
Die Regierungen Schröder und Merkel weigerten sich, die Beziehungen zu Moskau – angesichts der russischen Aggressionen im postsowjetischen Raum – unter sicherheits- und geopolitischen Aspekten neu zu bewerten.

in Moskau betrachtete man das Nachbarland stets als einen Staat, der innerhalb der eigenen Einflussosphäre lag und dem das Recht auf eigenständige Entscheidungen verwehrt werden dürfte. Putin persönlich glaubt – imperialen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts folgend – dass Russen und Ukrainer eigentlich ein Volk seien. Damit sprach und spricht er der Ukraine jedes Recht auf politische und kulturelle Eigenständigkeit ab und behauptet, Ukrainer seien lediglich die „kleinen Brüder“ der Russen. Letztlich laufen Putins Überzeugungen darauf hinaus, dass die Ukrainer kein Recht auf einen eigenen Staat haben.

Nach der „Revolution der Würde“ auf dem Euromaidan in Kyjiw und der anschließenden Flucht des prorussischen Präsidenten Janukowitsch beschloss Putin im Februar 2014 zu handeln. Zunächst besetzten russische Spezialeinheiten ohne Hoheitsabzeichen („Grüne Männchen“) völkerrechtswidrig die ukrainische Halbinsel Krim, die dann nach einem gefälschten Referendum von Russland annektiert wurde. Anschließend versuchten russische Söldner und Geheimdienstler im Süden und Osten der Ukraine, eine separatistische Bewegung zu inszenieren, um auch diese Gebiete aus der Ukraine herauszuberechnen. Dieses Mal stießen die Abgesandten Moskaus jedoch auf bewaffneten Widerstand der Ukraine und der Krieg im Donbas brach offen aus.

Das schwerwiegendste Versäumnis der Regierungen Merkels war es, auf diese erste russische Aggression gegen Kyjiw und die gewaltsame Veränderung von Grenzen in Europa nicht angemessen zu reagieren. Es wurden nur halbherzige Sanktionen gegen einzelne russische Staatsbürger verhängt. Bei den unter deutscher Führung stattfindenden Waffenstillstandsverhandlungen in Minsk, im September 2014 und Februar 2015, wurde die Fiktion aufrechterhalten, dass Russland nicht der Angreifer sei und es sich um einen internen Konflikt handle. Berlin wahrte Gleichabstand zwischen den Konfliktparteien, forderte wiederholt „beide Seiten zur Deeskalation“ auf und beharrte – trotz der russischen Aggression – darauf, dass es „keine militärische Lösung“ gäbe. Im Gegenteil: Der Bau einer zweiten Nord-Stream-Pipeline, geopolitisch ein weiteres antiukrainisches Projekt,

wurde weiter vorangetrieben, auch gegen Widerstand der baltischen Staaten, der EU und der USA. Damit erhöhte Deutschland seine Energieabhängigkeit von Putins aggressivem Russland noch weiter. Gleichzeitig weigerte sich die damalige Bundeskanzlerin Merkel, die Ukraine militärisch zu unterstützen.



↑ G20-Treffen in Hamburg 2017: Herzliche Begrüßung zwischen Angela Merkel und Wladimir Putin.

Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Minsk, im September 2014 und Februar 2015, wurde die Fiktion aufrechterhalten, dass Russland nicht der Angreifer sei und es sich um einen internen Konflikt handle.

Blutige Auseinandersetzungen →
zwischen Demonstranten und
Polizei bei den Protesten in
Kyjiw nach dem Scheitern des
Misstrauensvotums der
ukrainischen Opposition.



Russischer Einmarsch in die Ukraine: unausweichliche „Zeitenwende“

Im Rückblick wird deutlich, dass die „Zeitenwende“, die Änderung der deutschen Russlandpolitik, spätestens 2014 mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hätte vollzogen werden müssen. Zahlreiche Experten haben darauf gedrungen – wurden aber nicht gehört. Die Regierungen Merkels und auch

die darauffolgende „Ampel-Koalition“ in ihren ersten Monaten haben trotz der steigenden Bedrohung aus Moskau ihren Kooperationskurs unbeirrt fortgesetzt und auch die Bundeswehr nicht nennenswert ertüchtigt. Viel zu spät, als die russische Vollinvasion bereits lief, verkündete Olaf Scholz im Bundestag die „Zeitenwende“.

Wie konnte Putins Russland über Jahrzehnte von der deutschen Politik so falsch wahrgenommen werden? Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht, noch fehlt auch der Zugang zu

den entscheidenden Akten. Doch wir wissen bereits heute, dass es sich um eine Kombination aus Wunschdenken, Schuldkomplexen aufgrund der eigenen aggressiven militärischen Vergangenheit, Wegsehen, wirtschaftlichen Interessen und Ignoranz gegenüber der Ukraine handelte, wofür deren Bürgerinnen und Bürger, aber auch das gesamte Europa heute einen hohen Preis zahlen.

Viel zu spät, als die
russische Vollinvasion
bereits lief, verkündete
Olaf Scholz im Bundes-
tag die „Zeitenwende“.



**Prof. Dr.
Jan Claas Behrends**

ist Osteuropahistoriker und lehrt als Professor an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Behrends ist auch Projektleiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung.

Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Polen als Führungsnation der Ostflanke?

Warschau rüstet gegen Russland auf und strebt eine Führungsrolle im Bündnis an.

Nationaler Gedenktag in Polen: Am 14. Februar wird der Gefallenen der polnischen militärischen Untergrundkräfte (Heimatarmee) im Zweiten Weltkrieg gedacht.



In Reaktion auf die Verschlechterung der europäischen Sicherheitslage durch den direkten russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 rüsten die europäischen NATO-Staaten massiv auf. Dabei spielen die Länder an der Ostflanke die Rolle der Vorposten, bedingt durch ihre geografische Lage und ihre Kenntnis des russischen Gegners. Polen als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitglied dieser Gruppe strebt eine politische und militärische Führungsrolle an.

— von Jens Boysen

Die von Russland betriebene Destabilisierung der politisch-territorialen Verhältnisse in Osteuropa stellt die größte Herausforderung für die europäische Friedensordnung und die Abwehrfähigkeit der NATO seit 1990 dar.

Nach der am 24. Februar 2022 begonnenen Vollinvasion Russlands in der Ukraine hat der Westen – womit im Kern die NATO und die EU gemeint sind – diese Tatsache auch anerkennen müssen. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg bedeutet ein Scheitern der über viele Jahre keineswegs nur von Deutschland unternommenen Versuche, mit Russland auf der Basis gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zu einer funktionierenden Nachbarschaft zu gelangen. Zudem hat diese neue Lage die schon länger diskutierten Lücken im westlichen, das heißt vor allem im europäischen Kräftedispositiv zu einer akuten Bedrohung unserer Sicherheit werden lassen. Nun wird zwar gehandelt, aber die Versäumnisse der Vorjahre lassen sich nur mühsam aufholen.

Ungehörter Frühalarm von der Ostflanke

Polen hat zusammen mit den anderen Ländern der Ostflanke, vor allem den baltischen Staaten, wesentlich früher als die Westeuropäer begonnen, die strategische Bedrohung durch Russland wahrzunehmen und vor ihr zu warnen. Bereits 2008 sprachen diese Länder sich für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens aus, was von Deutschland und Frankreich abgelehnt wurde. Der im selben Jahr stattfindende Krieg zwischen Russland und Georgien führte zu einer intensiven diplomatischen Aktivität des damaligen polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński zugunsten der osteuropäischen Staaten. Sein Tod in der Flug-

zeugkatastrophe bei Smolensk im April 2010 war ein Hauptauslöser für die bis heute andauernde innenpolitische Spaltung Polens, den „polnisch-polnischen Krieg“. Die durch seinen Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński geführte nationalkonservative Partei PiS ging von einem russischen Anschlag aus und warf dem damaligen (und heutigen) liberalen Ministerpräsidenten Donald Tusk, der sich bemühte, korrekte Beziehungen mit Russland zu unterhalten, vor, mit Russlands Präsident Wladimir Putin konspiriert zu haben.

Trotz dieser politischen Spannungen besteht aber in Polen seit dem russi-

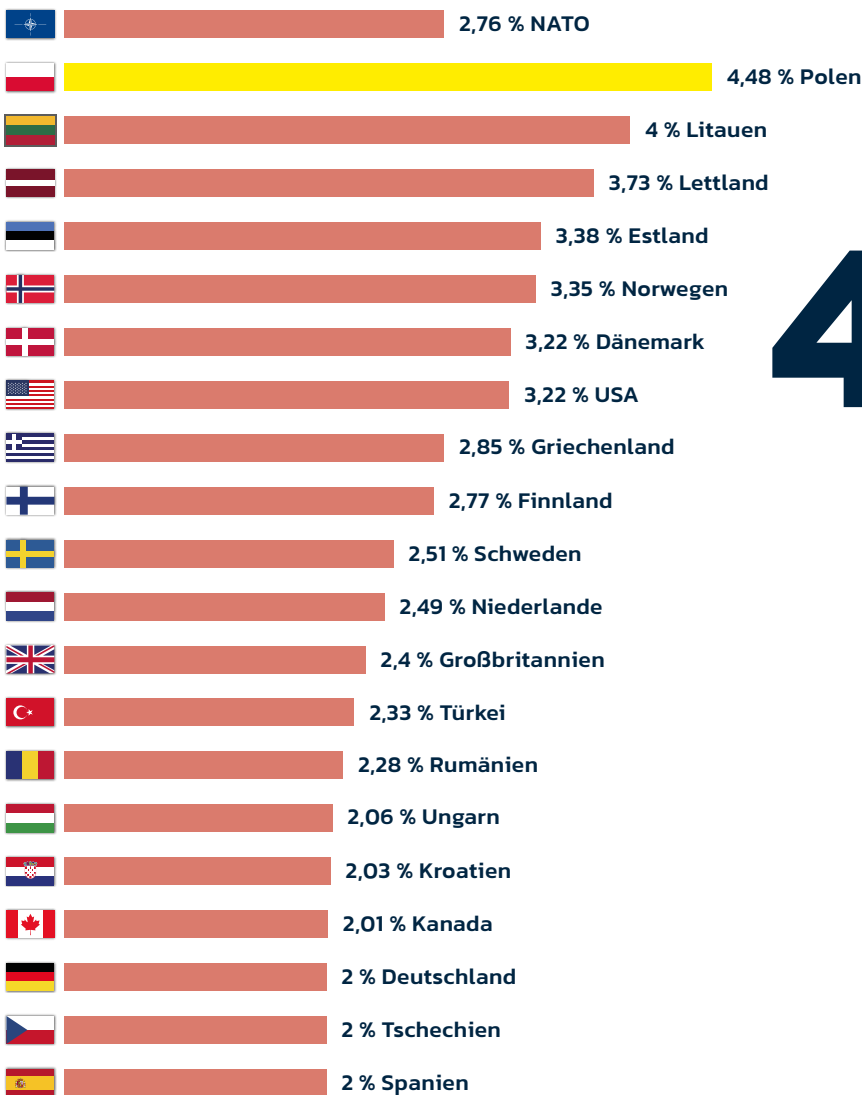
schen Teilangriff auf die Ukraine und der Annexion der Krim 2014 ein breiter Konsens, wonach es für die Sicherheit Europas unabdingbar ist, die russische Revisionspolitik mit allen Mitteln aufzuhalten. Schon damals begannen Bemühungen um eine Stärkung der polnischen Armee und eine Reaktivierung der NATO sowie um die Integration der Ukraine in den Westen. Allerdings maßen die westeuropäischen Partner der Entwicklung in Osteuropa noch nicht dieselbe Bedeutung zu und hielten die Weckrufe von der Ostflanke für übertrieben. Umgekehrt attestierten die dortigen Länder dem „alten“ Europa historische und politische Blindheit.

↓ Abschreiten der Front: der ehemalige polnische Präsident Lech Kaczyński und General Franciszek Gągorin, 2008.





Verteidigungsausgaben 2025 (% des BIP)



4,78%

Mit 4,78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat Polen in 2026 die höchsten Verteidigungsausgaben aller NATO-Mitgliedsstaaten. Der Spitzenwert zeigt, wie stark das Land auf die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa reagiert.

Angabe geschätzt, Stand: Juni 2026, Quelle: BMVg

Quellen: statista.de, Dr. Jens Boysen

Aktuelle und historische Faktoren der Wachsamkeit

Die Gründe für diese Haltung liegen in erster Linie in der russischen Politik, unter anderem im Bruch des Budapest-Memorandums von 1994, das der Ukraine im Gegenzug für die Abgabe

Im Zuge des Vorrückens der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkriegs kam es 1944/45 zur erneuten Besetzung Ostmitteleuropas und teilweisen Annexionen (Baltikum, Königsberg, Moldawien). Länder wie Polen behielten zwar ihre formale Souveränität, unter-

standen im Bündnis aber den Weisungen aus Moskau. Erst mit dem Ende der Sowjetunion 1991 verschwand die russische Oberhoheit.

Polen gegen das russische Imperium

Ebendiese früheren Randgebiete beansprucht Russland heute erneut zur Wiederherstellung der sogenannten „russischen Welt“ (russkij mir) und leugnet damit deren Recht auf Unabhängigkeit.

Polnische Intellektuelle kamen schon im Kalten Krieg zu dem Schluss, dass Polen für ein dauerhaftes Fernhalten Russlands aus Ostmitteleuropa vor allem auf die Herauslösung der Ukraine und Weißrusslands (Belarus) hinarbeiten sollte. Diese Idee wurde von der Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ (Solidarność) übernommen, die Ende der 1980er Jahre half, das kommunistische Regime zu überwinden. Folgerichtig erkannte Polen 1991 als erster Staat die Unabhängigkeit der Ukraine und der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken an. Von da an war ein Kernziel der polnischen

Außenpolitik die Verhinderung einer Wiederkehr des russischen Imperiums. Dabei bezieht man sich mitunter auf die alte Idee von Polen als „Vormauer Europas“ beziehungsweise „des Christentums“. Diese richtete sich vor allem gegen das Osmanische Reich, aber später auch gegen das „despotische“ Russland und die Sowjetunion. Insofern kann man die aktuellen Aktivitäten Polens zum Schutz der Ostflanke in diese Tradition stellen.

Polens Wehrhaftigkeit zwischen Bedrohungsgefühl und Militarismus

Ein wichtiger Aspekt dieser Sicht sind frühere militärische Auseinandersetzungen mit Russland. Polen widerstand den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts, unternahm im 19. Jahrhundert mehrere Aufstandsversuche und kämpfte nach dem Ersten Weltkrieg 1919–1921 sowie 1939 gegen die Sowjetunion. Nach 1944/45 kämpften polnische Untergrundeinheiten noch jahrelang gegen die kommunistische Staatsmacht. Diese Erfahrungen – zusammen mit dem Kampf als Mitglied der Alliierten im Zweiten Weltkrieg – haben



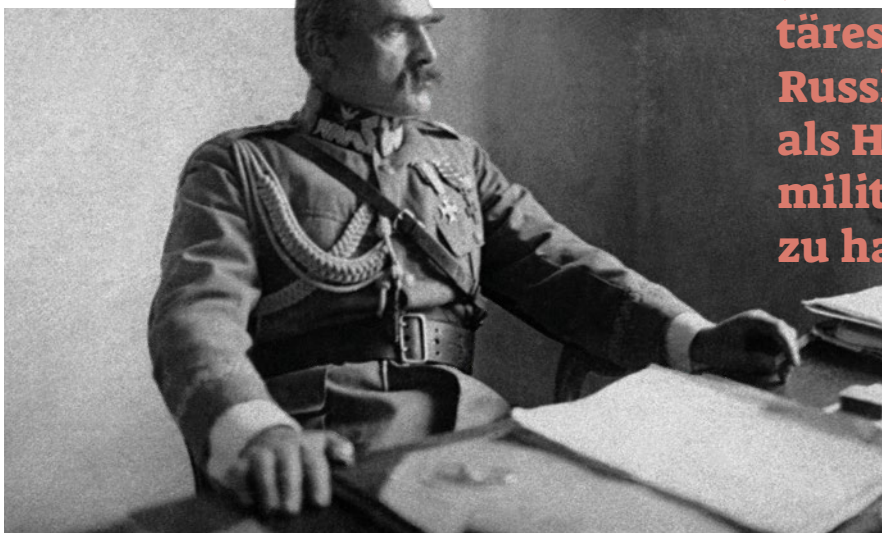
↑ Der polnische Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa während einer Kundgebung von Solidarność in Danzig, 1989.

ihrer Atomwaffen an Russland ihre Souveränität und territoriale Integrität garantierte. Andere Beispiele sind die politische Einmischung und militärische Präsenz Russlands in ehemals sowjetischen Gebieten wie Abchasien (in Georgien) und Transnistrien (in Moldawien). In den Ländern der Ostflanke spielt jedoch die kollektive Erinnerung an die russische imperiale Vergangenheit eine ebenso große Rolle. Das Vorrücken Russlands nach Westen seit Zar Peter dem Großen im 18. Jahrhundert, die Eroberung des Baltikums und der Ukraine, die Teilungen Polens zwischen 1772 und 1795 sowie die Angliederung Finnlands 1809 schufen ein westliches Grenzgebiet mit nicht-russischer Bevölkerung, das seit dem 19. Jahrhundert einer Russifizierung unterzogen wurde. 1918/19 wurden viele dieser Völker unabhängig, darunter auch Polen.



→ Porträt von Peter dem Großen, Peter I. oder Pjotr Alexejewitsch Romanow, 1672 bis 1725, Kaiser des Russischen Reiches.

Von 1926 bis 1935 führte Józef Piłsudski ein autoritäres Regime in Polen – Russland galt ihm stets als Hauptfeind, den es militärisch auf Distanz zu halten galt.



↑ Józef Piłsudski: Kämpfte gegen die russische Herrschaft in seinem Land und war später Marschall der Zweiten Polnischen Republik.

in Polen eine Glorifizierung der eigenen militärischen Vergangenheit und einen latenten Nationalismus zur Folge. Was dabei oft unreflektiert bleibt, ist Polens eigene imperiale Vergangenheit. Bevor das Land Ende des 18. Jahrhunderts von Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt wurde, hatte es sich jahrhundertlang nach Osten ausgedehnt und war Mitte des 17. Jahrhunderts der größte Flächenstaat Europas. Aus dieser Epoche wie auch aus der Zweiten Republik (1918–1939), die ab 1926 in eine Militärdiktatur überging, haben Polens östliche Nachbarn sehr ambivalente Erinnerungen, auch wenn heute das gemeinsame Interesse an der Abwehr Russlands überwiegt.

Zum anderen sieht man in Polen keinen Bedarf an einer mit einer der Inneren Führung vergleichbaren Konzeption zur Rückbindung der Soldatinnen und Soldaten an die Verfassung, weil man sich als historisch unbelastet ansieht und außerdem davon ausgeht, dass

die militärisch engagierten Bürger – Berufssoldaten wie Reservisten – aus einer intakten Demokratie kommen und keine staatsbürgerliche Bildung benötigen. Daraus resultieren ein starkes Nationalgefühl und ein entsprechender Wehrwille. Auch in Polen ist die Gewinnung neuer Soldaten und Soldatinnen keine leichte Aufgabe, aber es besteht eine hohe allgemeine Bereitschaft, in irgendeiner Form an der Landesverteidigung mitzuwirken.

Die Krise der NATO und Polens Rolle

Die jüngsten Verstimmungen zwischen den USA und den europäischen Partnern belasten nicht nur die Anstrengungen zur Erhöhung der Abwehrfähigkeit, sondern sind für einen „Atlantiker“ wie Polen auch ein politisch-strategisches Problem. Wegen der Orientierung auf die USA war man hier stets skeptisch gegenüber eigenen verteidigungspolitischen Initiativen der Europäer. Jedoch sieht Polen Donald Trumps Ukrainepolitik kritisch und hat

sich auch in der Grönlandfrage hinter Dänemark gestellt. Zugleich tut es aber alles, um durch beispielhaftes Handeln die Führungsmacht weiter an Europa zu binden. Als Vorbild für Deutschland kann Polen insofern dienen, als es sein Recht auf Selbstverteidigung – wie es in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist – durch nichts in Frage stellen lässt und Kampfbereitschaft als Tugend ansieht.



Dr. Jens Boysen

ist Historiker mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa und Militärgeschichte sowie Politologe. Studien in Frankfurt am Main, Dublin, Warschau (College of Europe) und Tübingen. Professor an der Civitas University Warschau. Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Quellenangaben: Longhurst, Kerry/Zaborowski, Marcin. The New Atlanticist: Poland's Foreign and Security Policy Priorities, Oxford 2007. Terlikowski, Marcin. Poland. In: Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (Eds.), Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent, Wiesbaden 2013, S. 269–280. Frank, Cornelia. Zivilmacht trifft „instinktiven“ Atlantiker: Deutschlands und Polens Interessen in der ESPV. In: Jäger, T., Dylla, D.W. (Hrsg.), Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik, Wiesbaden 2018, S. 101–122

Der Handel zwischen Europa und Russland

58,1
Mrd. €

Wert des gesamten
Güterhandels zwischen
der EU und Russland
in 2025

Differenziertes Zwischenfazit der Handelssanktionen nach vier Kriegsjahren

Mit der Vollinvasion in die Ukraine setzte eine rasche Abkopplung weiter Teile der EU von Russland ein, zu dem insbesondere im Energiebereich erhebliche Abhängigkeiten bestanden. Die Sanktionen zielten darauf ab, Russlands Finanzierungsbasis zu schwächen. Ihre Wirkung bleibt jedoch begrenzt: Russland nutzt Handelswege, während andere Länder den Wegfall Europas als Absatzmarkt kompensieren. Zugleich schließen sich zunehmend die Reihen unter den Europäern.



Das bleibt im Handel



EU-Importe aus Russland weiterhin in:

- ✓ Energie (Öl)
- ✓ Eisen & unlegierter Stahl
- ✓ Düngemittel

Ausnahme-Exporte der EU nach Russland:

- ✓ Lebensmittel
- ✓ Pharmaprodukte
- ✓ ausgewählte
Industriewaren

Sanktionen



20 Sanktions- Pakete

Ziel:

Schwächung von Russlands Kriegsfinanzierung und Einschränkung russischer Energieexporte.

Wirkung:

- ✗ Gasrückgang seit 2022 (Nord Stream)
- ✗ Ölpreisdeckel der G7 auf russische Erdölexporte seit Ende 2022
- ✗ spürbar sinkende Importe der EU aus Russland in 2023 und 2024



Russland

Energieabhängigkeit



Ungarn

bezieht nach wie vor weit über 90% seines Erdöls aus Russland



+27%
Abhängigkeit
von Russland

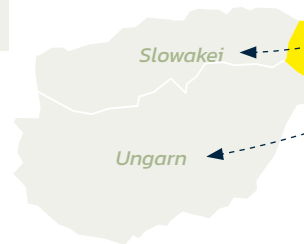
1,7 Mrd.
Importwert aus
Russland, 2025

93% Erdöl aus
Russland



Slowakei

kaum Reduktion der Ölimporte aus Russland in den letzten fünf Jahren



Ukraine



-80%

inflationen-
bereinigter
Rückgang

Gegenüber 2021

Neue Märkte
entstehen



120 Mrd. €

Chinas Importe aus
Russland in 2024



Neue Märkte:

China, Indien und der Großraum Mittlerer Osten haben ihre Importe aus Russland stark ausgeweitet und den Wegfall der EU-Importe überkompensiert.



**Dr. Simon
Gerards Iglesias**

ist Wirtschaftshistoriker und
persönlicher Referent des
Direktors am Institut der deut-
schen Wirtschaft.

Quellen: Institut der deutschen
Wirtschaft / UN Comtrade

Buch- und Onlinetipps

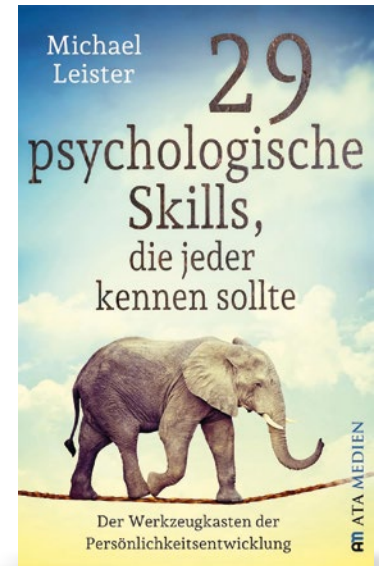
29 psychologische Skills, die jeder kennen sollte: **Der Werkzeugkasten der Persönlichkeitsentwicklung**

Emotional stabiler werden, Selbstzweifel überwinden, Orientierung und Klarheit gewinnen, bessere Beziehungen zu anderen aufbauen, souverän mit Herausforderungen umgehen, das Leben genießen – das klingt nach einem guten Plan, oder?

Michael Leister konzentriert sich im Gegensatz zu den üblichen Ratgebern auf 29 psychologische Skills, die wirklich jeder in seinem Leben umsetzen kann. Er beleuchtet verschiedene Themen wie Selbstbewusstsein, Selbstdisziplin, Geduld und andere. Er betrachtet diese aus ganz neuen Perspektiven.

Das Buch ist praktisch und unkompliziert anzuwenden, aber vor allem ohne unver-

ständliche Fachbegriffe. Michael Leister schafft es damit, dass Selbstoptimierungsprofis genauso wie Anfänger dranbleiben und gibt viele nachhaltige Impulse. Er versteht sein Buch dabei nicht als festes Regelwerk, sondern eher als Werkzeugkasten oder Kompass für die persönliche Weiterentwicklung. Vor allem aber ermuntert er sein Publikum, eigene Positionen zu den Themen zu reflektieren und zu hinterfragen. Das Buch eignet sich sowohl als leichte Urlaubslektüre wie auch als Basis für diejenigen, die für sich und andere etwas verändern wollen. (eh)



Autor: Michael Leister

Verlag: Ata Medien Verlag

Seiten: 204

ISBN-13: 978-3948187255

Preis: 14,99 €

Political Girl: Pussy Riot – **Leben und Schicksal in Putins Russland**



Autorin: Maria Aljochina

Verlag: Berlin Verlag

Seiten: 528

ISBN: 978-3827015051

Preis: 26,00 €

Political Girl von Maria Aljochina verbindet auf eindrucksvolle Weise autobiografische Erzählung mit politischer Analyse und gewährt dabei einen persönlichen Einblick in das Leben der Aktivistinnen von „Pussy Riot“. Im Zentrum stehen staatliche Repression, Verhaftungen, Gerichtsverfahren und Haftbedingungen in Russland. Das Buch zeigt deutlich, wie politische Macht funktioniert und wie der Machtapparat gezielt Druck ausübt, um Kritik zu unterdrücken. Gleichzeitig hebt die

Autorin immer wieder die Bedeutung von Kunst und öffentlichem Protest als Mittel des Widerstands hervor. Neben äußeren Ereignissen werden auch innere Konflikte wie Angst, Zweifel und die Frage nach persönlichem Risiko thematisiert. Freundschaft und Solidarität innerhalb des Kollektivs bilden dabei einen wichtigen Halt. Der Stil ist knapp, direkt und eindringlich. „Political Girl“ ist ein bewegender Bericht über Mut und Widerstand und eine absolute Leseempfehlung – herausfordernd, emotional und nachhaltig beeindruckend. (lm)

Die Stunde der Raubtiere – Macht und Gewalt der neuen Fürsten



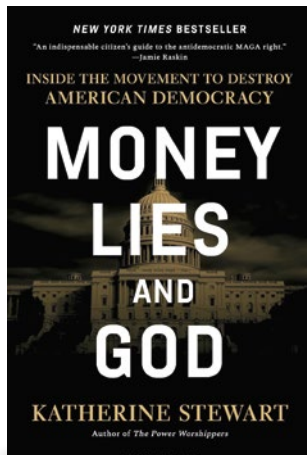
Autor: Giuliano da Empoli
Verlag: C.H.Beck
Seiten: 127
ISBN: 978-3-406-83821-7
Preis: 15,00 €

In seinem Buch nimmt der Autor den Lesenden mit auf eine Reise zu den Schaltzentren der Macht. Sie führt vom Weißen Haus in Washington, D.C., in dem der unberechenbare US-Präsident Donald Trump herrscht, über die obskuren Tech-Lords des Silicon Valley bis zum Sitz der Vereinten Nationen in New York. In geradezu atemberaubender Geschwindigkeit wechselt da Empoli Szenen und Ort.

Was der Lesende über die Machenschaften durchtriebener

Emporkömmlinge, einiger Diplomaten und sogar Staatsoberhäupter weltweit erfährt, führt zu spontanem Kopfschütteln beim Lesenden: Nie hätte man für möglich gehalten, dass sich hinter Türen, die der Öffentlichkeit verschlossen bleiben, solche haarsträubenden Szenen abspielen. Da Empoli schreibt so, wie er es in seiner Rolle als unmittelbarer Beobachter offenbar empfindet: geraderaus und schonungslos. Wer Lust hat, diese Reise anzutreten, sollte sich für diesen investigativen Überschallflug jedenfalls gut anschnallen. (eve)

Money Lies and God: Inside the Movement to Destroy American Democracy



Autorin: Katherine Stewart
Verlag: New York, London, Sydney, Delhi: Bloomsbury Publishing, 2025
Seiten: 352
ISBN-13: 978-1635578546
Preis: 18,22 €

Wer verstehen möchte, wie sich in den USA religiöser Nationalismus, die Interessen der Milliardäre, Desinformation und Machtpolitik miteinander verbinden, ist mit Katherine Stewarts Buch gut bedient. Die Autorin liefert eine materialreiche Landkarte jener Netzwerke, die die amerikanische Demokratie von innen aushöhlen. Besonders stark ist das Buch dort, wo es zeigt, dass MAGA nicht einfach eine spontane „Graswurzelbewegung“ ist, sondern strategisch seit Jahrzehnten durch Geldgeber, Think-tanks, Medien und religiöse Mobilisierung formatiert

wurde. Der Dreiklang von „Money, Lies and God“ bündelt dieses Zusammenspiel prägnant. Stewarts Perspektive ist journalistisch pointiert; die Motive gewöhnlicher Trump-Wähler bleiben gegenüber den Strategien der Eliten eher unterbeleuchtet. Dennoch ist das Buch eine eindringliche Warnschrift: polemisch in der Stoßrichtung, aber erhellend, um nachzuvollziehen, wie Religiosität als politisch instrumentalisiert und als Machtressource missbraucht werden kann. (rm)

Deutsche Militärgeschichte Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart

Die Geschichte des deutschen Militärs genügt eben nicht sich selbst.“ Damit ist auf Seite 469 das Wichtigste gesagt, denn es geht nicht nur um die bewaffnete Macht an sich, sondern auch um die Wechselbeziehungen zwischen Macht und Innen- sowie Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft in ihrer jeweiligen Zeit. Aufgrund der großen Zeitspanne von 1500 bis 2022 kann es in dem Buch keinen roten Faden geben: Jeder Zeitabschnitt wird für sich betrachtet. Das ist eine der Stärken des Buches, denn die Brüche in der deutschen (Militär-)Geschichte treten dadurch sehr deutlich zutage. Ein fortwährendes Thema im Buch sind beispielsweise die immer wiederkehrenden Konflikte zwischen Reformern und Traditionalisten. Lobenswert ist dabei die Weite des Blicks: Neben der Deutschen Geschichte werden sowohl die Kriege in gebotener Ausführlichkeit als auch das mit ihnen verbundene Leid der einfachen Soldaten und der Zivilisten dargestellt. (lk)



Autor: Stig Förster
Verlag: C.H.Beck
Seiten: 1294
ISBN: 978-3-406-82903-1
Preis: 49,90 €

IMPRESSUM

IF - Zeitschrift für Innere Führung

71. Jahrgang

Die Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT (Information für die Truppe) gegründet.

Herausgeber

Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFü)

Redaktion

Chefredakteurin: Verena Heep (hee)

Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)

Leitende Redakteurin: Evelyn Schöne (eve)

Redaktion: Simon Beckert (sb)

Art-Direktion: Dagmar Hentschel

Mitwirkende an dieser Ausgabe: Winfried Heinemann

(wh), Elke Holzer (eh), Lutz Kirchner (lk), Roger Miel-

ke (rm), Lisa Mais (lm), Lea Wurzenberger (lw)

Redaktionsanschrift

IF - Zeitschrift für Innere Führung

Zentrum Innere Führung

Abteilung Im Dialog

General Ulrich de Maizière - Campus

Von-Witzleben-Straße 17, 56076 Koblenz

Telefon: 0261 - 579420 - 5568

E-Mail: ZInFueImDialogIF@bundeswehr.org

Homepage: www.zentruminnerefuehrung.de

Bildredaktion

Dagmar Hentschel, Till Rimmel

Schlussredaktion

Monika Thaller

Lektorat

Uwe Brammer

Layout & Design

IDEENHAUS GmbH MARKEN.WERT.STIL

Mühlgasse 17, 90403 Nürnberg

Sabine Kropf, Marcel Olek, Ralf Brendjes, Haiyang Ma

Vertrieb

BAIUDbW Abt FA, FA I 3.1 Disposition

Regelungsdisposition@bundeswehr.org

Druck

Kern GmbH, Auflage: 16.700

Hinweis

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträger. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Zeitschrift durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. **Zur Nutzung der QR-Codes in dieser Ausgabe wird auf die Regelungen und Hinweise zum Filmen und Fotografieren in Liegenschaften der Bundeswehr hingewiesen.** Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Einheiten, Verbände und Dienststellen, die die IF beziehen möchten oder zusätzliche Exemplare wünschen, wenden sich zur Anforderung bitte an ihre zuständige Post- oder DV-Stelle.

Redaktionsschluss:

19. Juni 2026

DOI 10.48701/opus4-898



Tagesschau und NDR: Stabile Zeitenlage

Dass das neue Format von NDR und Tagesschau auf YouTube und TikTok veröffentlicht wird, gibt gleich Ton und Geschwindigkeit vor: Für junge Menschen will Stabile Zeitenlage „Krieg, Frieden und Sicherheit verständlich“ erklären und setzt dabei auf eine direkte Ansprache, wechselnde Kameraperspektiven und plastische Beispiele. Das ist für Zuschauer wahlweise „erfrischend“ oder eben „hektisch“



und „viel zu aufgeregt“ – ziemlich unabhängig vom Alter. Inhaltlich fällt Kanal-Hostin Julia Faltermeier nicht mit der Tür ins Haus: Die Rekonstruktion des Erstschlags der USA gegen den Iran in Folge eins baut Spannung auf, wird allerdings zur Mitte hin fähig, trotz Statements von Experten wie Stefan Niemann von „Streitkräfte und Strategien“ (siehe IF 1|26). Was die plastischen Beispiele anbelangt, hätte es gern etwas Clevereres sein dürfen als der Vergleich von KI-Targeting mit Fast-Food-Zubereitung. (cst)



Live-Podcast zu Wehrhaftigkeit und Resilienz

Wie verteidigt eine demokratische Gesellschaft ihre Freiheit? Darüber sprachen am 11. Mai Vertreterinnen und Vertreter aus Bundeswehr, Politik und Wissenschaft am Zentrum Innere Führung in Koblenz. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltete gemeinsam mit den Herausgebern des Podcasts „Der Sicherheitsrat“ einen Live-Podcast zum Thema „Wehrhaftigkeit oder Resilienz? Welches Mindset brauchen wir, um Freiheit und Frieden zu bewahren?“. Mit von der

Partie waren der Kommandeur des Zentrums Innere Führung Generalmajor Ansgar Meyer, die Leiterin der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit der KAS Dr. Christina Krause, der amtierende Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Josef Oster sowie Influencer Hauptfeldwebel Joshua Krebs. Die Herausgeber von „Der Sicherheitsrat“ Dr. Peter Tauber und Timon Radicke moderierten die Veranstaltung. (lw)



Testen Sie
Ihr Wissen!

4 Fragen, ein Gewinn!

Mit tollem Überraschungs-Preis



Frage 1

„Das System Putin“

Wie bezeichnet Wladimir Putin den Zerfall der Sowjetunion?

- A) Als „notwendige Zäsur“ für ein modernes Russland
- B) Als „größte geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts
- C) Als „Befreiung der Völker“ vom Kommunismus

Frage 2

Was leitet Putin – was ist sein Ziel?

Auf welche drei ideologischen Säulen stützt Putin sein Weltbild?

- A) Nationalismus, Orthodoxie und Militarismus
- B) Sowjetismus, Slawophilie und Eurasismus
- C) Imperialismus, Kapitalismus und Orthodoxie

Frage 3

Moldau – Russische Einflussnahme und Widerstand

Was ist das erklärte Ziel des Kremls gegenüber Moldau?

- A) Die Angliederung an die Russische Föderation
- B) Den EU-Beitritt verhindern und das Land wieder enger an Russland binden
- C) Die Wiedereingliederung Transnistriens in die Ukraine

Frage 4

Polen als Führungsnation der Ostflanke?

Was macht Polen 2025 zum bemerkenswertesten NATO-Mitglied in Sachen Verteidigung?

- A) Es stellt das größte Truppenkontingent an der Ostflanke
- B) Es gibt mit 4,48 % des BIP mehr für Verteidigung aus als jedes andere Bündnismitglied
- C) Es übernimmt den NATO-Vorsitz

Einfach die richtigen Antworten per E-Mail schicken und mit etwas Glück einen Überraschungspreis gewinnen.

Antworten (z. B. „1-B, 2-B, 3-B, 4-B“) per E-Mail an ZIN FueImDialogIF@bundeswehr.org. Einsendeschluss: 31. August 2026. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Überraschungsgewinn. Rechtsweg ausgeschlossen.



Systemwechsel in Ungarn: Péter Magyar ist Anfang Mai 2026 als neuer Regierungschef Ungarns vereidigt worden. Vor dem ungarischen Parlamentsgebäude in Budapest waren zehntausende Menschen zusammengekommen, um den feierlichen Akt miterleben zu können. Magyars Vereidigung ist ein Hoffnungsschimmer für die EU. Die Nähe des früheren Machtinhabers Viktor Orbán zu Russland war der EU lange ein Dorn im Auge, weil Orbán europäische Vorhaben ausbremste.

Die Berliner Mauer

Am 13. August 1961 riegelte die DDR die bis dahin noch offene Grenze zwischen Ost- und West-Berlin zunächst mit einfachem Stacheldraht ab; bald danach begann sie, die anfänglich eher behelfsmäßigen Sperren durch Mauern und ausgefeiltere Anlagen zu ersetzen.

Die West-Berliner lebten nun auf einer „Insel der Freiheit im Roten Meer“. Sie waren eingemauert, und wenn sie „nach dem Westen“ reisen wollten, mussten sie Kontrollen etwa in Griebnitzsee und Marienborn über sich ergehen lassen. Die DDR-Bürger konnten gar nicht „nach dem Westen reisen“ – jedenfalls die allermeisten von ihnen. Sie waren die eigentlich „Eingemauerten“ und konnten ein wenig Freiheit allenfalls bei einem Urlaub in der Tschechoslowakei, Polen oder Ungarn genießen. Wer also war nun „eingemauert“?

Seit dem Beginn der Zweiten Berlin-Krise 1958 hatte die DDR auf eine Änderung des Status quo hingearbeitet. Letztlich war ihr Ziel – und das der sowjetischen Führung – die Westalliierten aus West-Berlin hinauszudrängen und so auch den Rest der Stadt zur Hauptstadt und zu einem Teil des SED-Staates werden zu lassen. Damit hätte sich auch das leidige Flüchtlingsproblem erledigt – nachdem die innerdeutsche Grenze bereits 1952 abgeriegelt worden war, führte der letzte Weg in die Freiheit für DDR-Bürger von Ost- nach West-Berlin und von dort auf dem Luftweg in die Bundesrepublik. Wären die Westalliierten weg, wäre auch dieser Weg versperrt gewesen.

Die Führung der sowjetischen Kommunisten hatte das Bestreben der SED

zunächst durchaus gefördert. Aber vor einem Krieg, wie ihn die Sperrung der Zugangswege für die Alliierten auslösen mochte, schreckte Moskau dann doch zurück. Die DDR drängte, denn solange amerikanische, britische und französische Soldaten ungehindert ihre Autobahnen, Bahnlinien und den Luft-

die expansive Phase der sowjetischen Deutschlandpolitik zu einem Ende. Die DDR hatte sich letztlich selbst eingemauert – sie war nicht mehr Ausgangspunkt für die kommunistische Revolution in ganz Deutschland, sondern der „andere Staat auf deutschem Boden“. Die Bürger der DDR, die nicht mehr



↑ Abriegelung der Sektorengrenze: In der Nacht zum 13. August 1961 begann die DDR-Führung mit dem Bau der Berliner Mauer.

raum benutzen konnten, war sie kein wirklich souveräner Staat. Die Schließung der Sektorengrenzen und der Bau einer Mauer war das maximale Zugeständnis, zu dem man in Moskau bereit war. Mit dem 13. August 1961 kam

ihre Verwandten im Westen besuchen konnten, und die Bürger West-Berlins, die zu Beginn der Sommerferien stundenlang vor den Grenzübergängen im Stau standen, mussten lernen, damit zu leben. (wh)



Blick in die Sammlung

Objekte.
Geschichte.
Geschichten.

8.5.2026 –
31.10.2027

dhm

Deutsches
Historisches
Museum

 www.dhm.de

WUNDER WAFFEN

Propaganda und Kriegstechnik
im Nationalsozialismus



© ulstein bild - ulstein bild



Titelthema IF 2|26:

Europa und die Bedrohung durch Russland

In Zeiten der „Welt(um)ordnung“ steht die Demokratie unter Druck. Anhand der russischen Bedrohung stehen in Europa zunehmend Fragen wie: Wie können wir auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch einen autokratischen Akteur reagieren? Und was ist Wladimir Putins Ziel?

Die Umwandlung Russlands zur Autokratie und einer imperialistischen Kriegsmacht

Russland hat sich unter der Führung Wladimir Putins in ein autokratisches Regime verwandelt. Seine Macht basiert auf einer engen Verflechtung von persönlichem Einfluss, Konkurrenz verschiedener Familienclans, durch Repressionen unterdrückter Opposition, Marktmacht im Bereich

der Energiewirtschaft, institutioneller Kontrolle und sicherheitsstaatlicher Durchdringung. Die Verwandlung Russlands von einer Demokratie in eine Diktatur vollzog sich im Gleichschritt mit einer zunehmend aggressiven Außenpolitik.

Russland im Krieg: Stabilität nach außen, Erosion im Inneren?

Trotz hoher Verluste im Krieg gegen die Ukraine, internationaler Sanktionen und wachsender wirtschaftlicher und finanzieller Probleme wirkt die autokratische Herrschaft Wladimir Putins in Russland konsolidiert. Gleichzeitig steht sie vor erheblichen strukturellen Herausforderungen, die Risiken für ihre zukünftige Stabilität bergen.

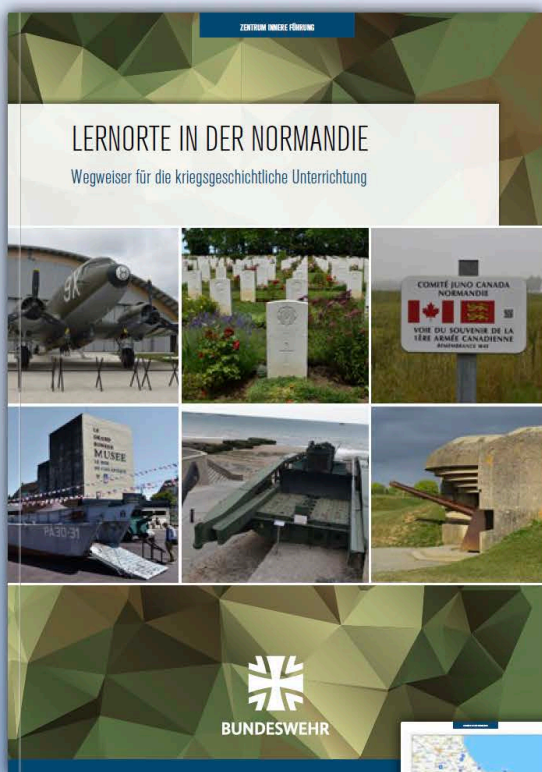
Die Stabilität autokratischer und totalitärer Systeme beruht auf Kontrolle, Angst, Unterdrückung, überdurchschnittlich profitierenden Eliten und oftmals auch auf Täuschung. Die Fassaden der Potemkinschen Dörfer könnten bei ausbleibenden außenpolitischen und militärischen Erfolgen schlagartig in sich zusammenfallen.

Putins Motivation: Was leitet Putin – was ist sein Ziel?

Während Donald Trump die Welt rhetorisch auf den Kopf stellt, bleibt der russische Präsident auf seine Ziele fokussiert. Aber welche Ziele sind das eigentlich? Sind sie auf die Ukraine beschränkt, die „so dreist“ war, sich der EU oder gar der NATO anschließen zu wollen? Das Weltbild, das Wladimir Putin mehr als zwanzig Jahre lang ausgearbeitet hat, macht deutlich, dass sein Ehrgeiz viel weiter geht.



Vertiefen Sie Ihr Wissen mit den „Paketen zur Persönlichkeitsbildung 2026“ auf dem PIF.

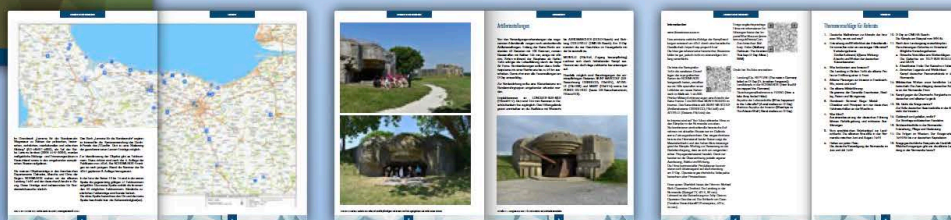


ERLEBNISREICHE ERKUNDUNGEN IN DER NORMANDIE

Ein Besuch in der NORMANDIE vermittelt nachhaltige Eindrücke vom Kampfgeschehen im Zweiten Weltkrieg. Diese Neuerscheinung stellt ausgewählte Lernorte vor. Als ein Lehr- und Lernmittel für Alle erleichtert es die geographische Orientierung und bietet thematische Hinweise.

Eindrücke an einem Landungsabschnitt des 6. Juni 1944 sind stets eindrucksvoll. Die verlustreiche Gefechtsführung wird aber erst bei der Betrachtung des zähen Haltens des Hinterlandes deutlich. An Geländebe-sprechungspunkten können historische Entschlüsse und deren mögliche heutige Bedeutung nachvollzogen werden.

Die Publikation eröffnet vielfältige Perspektiven. Beachtlich ist, wie militär-historische Stätten zu multinationalen Erinnerungsorten wurden. Bespre-chungsvorschläge regen zur aktiven Mitwirkung der Teilnehmenden an. So gelingt eine attraktive Persönlichkeitsbildung.



Die Publikation ist als PDF-Datei herunterladbar.

Internet: <https://doi.org/10.48701/opus4-725>

IntranetBw: Portal Innere Führung (PIF) oder ZRMS Regelungsportal (AD-2620/1-9803),
dort Warenkorb zur Bestellung der Druckausgabe

